Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

02.03.1932 (Nr. 40)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfennig

BTZ

Mittwoch, 2. März 1932 ◆ Nummer 40

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die BTZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachzahl. des Bezugpr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Textteil RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengesuche RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Morgen Wählerlisten einsehen!

Das Volk wird Richter sein!

Aufruf der Reichsleitung zur Reichspräsidentenwahl

Die Abrechnung am 13. März

München, 2. März. Die Reichsleitung der NSDAP. hat folgenden Aufruf zur Reichspräsidentenwahl erlassen:

„Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Deutsche Jugend!"

Am 13. März wird über das Schicksal der deutschen Nation entschieden, das Euer aller Schicksal ist.

Nach 13 Jahren nationaler Demütigung, nach 13 Jahren unerhörter Mißwirtschaft der schwarzroten November-Parteien, nach 13 Jahren furchtbarer materieller und seelischer Not ist Euch durch Ablauf der Amtsdauer des Reichspräsidenten der letzten sieben Jahre die Möglichkeit gegeben, euer Schicksal zu wenden. Die „Männer der Demokratie", die vorgeben, das Recht des Volkes zu wahren, haben Euren am 14. 9. 1930 und seitdem immer wieder kundgegebenen Willen mißachtet, haben die Bildung einer starken, vom Volk getragenen Regierung der nationalen Kraft und sozialen Gerechtigkeit durch politische Winkelzüge hinter trieben und die deutsche Freiheitsbewegung durch geistigen Terror und Unterdrückung daran gehindert, ihren Willen zu vollziehen.

Nun ist die **Stunde der Abrechnung** gekommen. Es gibt für die Notverordner kein Ausweichen und keinen Schlupfwinkel mehr. Das System des Zusammenbruches wird vor den Richterstuhl des Volkes gestellt.

Am 13. März wird abgerechnet mit der **schamlosen Vonzenwirtschaft** der volksverräterischen Sozialdemokratie, die zu feige ist, selbst vor das Volk zu treten und sich hinter den Rücken eines einst von ihr beschimpften Generalfeldmarschalls versteckt, weil sie den Spruch des Volkes mit Recht befürchtet.

Am 13. März wird abgerechnet mit der **jüdischen Pseudo-Demokratie**, die, ohne jede innere Verbundenheit mit dem Volke, nur den Zweck verfolgt, durch eine vergiftete Presse die deutschen Volksgenossen des schaffenden Deutschland gegeneinander zu hetzen, um sie in diesem Zustand der Zerrissenheit für ihre Zwecke auszubeuten.

Am 13. März wird abgerechnet mit dem **scheinheiligen Zentrum** und der Bayerischen Volkspartei, die, um volksfremder Ziele willen, konfessionelle Zwietracht säen und auf dem besten Wege sind, die Totengräber des deutschen Volkes zu werden, wenn ihnen nicht endlich das Handwerk gelegt wird.

Am 13. März wird abgerechnet mit den feigen, spießbürgerlichen Geldsackpatrioten, den Trabanten und Steigbügelhaltern dieses schwarz-roten Systems, mit dem wirtschaftlichen Interessentenhaufen und längst überfälligen Parteikadavern, die ihre national nicht zu verantwortende Existenz lediglich zu politischen Schacher- und Schiebergeschäften benutzen.

Mit ihnen allen, die — um allem die Krone aufzusetzen — sich nicht gescheut haben, auf dem Umweg über tote Ausschüsse die Kandidatur eines 85jährigen, ihnen innerlich fremden, ehrwürdigen alten Mannes vorzuschieben und den Generalfeldmarschall, statt ihm den wohlverdienten Ruhestand zu gönnen, zu einer für sein Ansehen verhängnisvollen politischen Niederlage auszunutzen, wird nun Gericht gehalten.

Am 13. März, dem gleichen Tag, an dem vor zwei Jahren Hindenburg seinen Namen unter die von diesem System angenommenen Gesetze schrieb, die Not, Hunger, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung in das deutsche Volk gebracht haben, greift das seine Lebensrechte anmeldende junge Deutschland, verkörpert in seinem Führer Adolf Hitler, nach der Macht im Staate und wird die alten zu neuem Leben untauglichen Parteigebilde hinwegfegen.

Der Führer unserer nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, die sein Werk ist, der zwölf Jahre lang mit ihr um die Seele seines Volkes für Deutschland gerungen hat, fordert heute im Namen dieses Volkes, das System in die Schranken. Wir wissen daß das Volk, für das er kämpft, in dieser Stunde zu ihm steht, um mit ihm für die deutsche Nation zu kämpfen und zu siegen.

Die nationalsozialistische Bewegung, in dieser Stunde als Sturmkolonne um ihren Führer geschart, ruft heute **das ganze deutsche Volk auf**, mit ihr anzutreten, um Adolf Hitler den Weg zu bahnen an die Spitze der Nation und damit zur Führung Deutschlands in die Freiheit.

Hitler, das ist die Parole aller, die an Deutschlands Wiederauferstehen glauben.

Hitler ist die letzte Hoffnung derer, denen man alles nahm, Haus und Hof, Ersparnisse, Existenz, Arbeitskraft und für die es eines gibt: der Glaube an ein gerechtes Deutschland, das seinen Volksgenossen wieder ihre Freiheit und Brot geben wird.

Hitler ist für Millionen das erlösende Wort, weil sie heute verzweifeln und nur in diesem Namen einen Weg sehen zu neuen Wegen und neuem Schaffen.

Hitler erfüllt das Vermächtnis der zwei Millionen toten Kameraden des Weltkrieges, die nicht starben für das heutige System der langsamen Vernichtung unseres Volkes, sondern für Deutschlands Zukunft.

Hitler ist der seinen Feinden verhaßte Mann aus dem Volk, weil er das Volk versteht und für das Volk kämpft.

Hitler, das ist der stürmische Wille der deutschen Jugend, die inmitten eines gesunden Geschlechts nach neuer Gestaltung ringt und den Glauben an eine bessere deutsche Zukunft nicht aufgeben will und kann; und darum ist Hitler das lodernde Fanal und die Parole aller, die eine deutsche Zukunft wollen.

Sie alle werden am 13. März den Männern des Systems, die ihnen Freiheit und Würde versprachen, aber Steine und Phrasen statt Brot gaben, zurufen: „Euch kennen wir zur Genüge, jetzt sollt Ihr uns kennenlernen!"

Hitler wird siegen, weil das Volk seinen Sieg will!"

Berliner Gastwirte zu Verhandlungen bereit

Berlin, 1. März. Der Ortsausschuß der Gastwirtevereinigung Berlins hat in einer Versammlung am Dienstag festgestellt, daß entgegen Zeitungsnachrichten der Boykott lediglich aus wirtschaftlichen Gründen begonnen worden ist, nicht aber infolge parteipolitischer Beeinflussung. Er richte sich daher nicht gegen die Regierung, sondern nur gegen Maßnahmen auf dem Gebiet der Steuerpolitik und der Preissenkung. Dem Ortsausschuß sei es daher nicht möglich, den im guten Glauben seiner Mitglieder begonnenen Kampf, lediglich um Verhandlungsmöglichkeiten zu finden, zu beenden. Der Ortsausschuß sei jedoch jederzeit bereit, mit den in Frage kommenden Behörden zu verhandeln. Er werde hierbei jede Lösung annehmen, die eine überparteiliche Vermittlung übernehmen wolle. Die Industrie- und Handelskammer ist vom Ortsausschuß ersucht worden, sich auch im Interesse der in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerungsgruppen für eine Vermittlung einzusetzen.

Ausschankverbot von Branntwein

Berlin, 1. März. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird in der nächsten Nummer der Preußischen Gesetzsammlung eine Verordnung des Ministers des Innern veröffentlicht, wonach anläßlich der Reichspräsidentenwahl der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntweni am Sonnabend, den 12. und Sonntag, den 13. März bis zur Polizeistunde verboten ist. Zuwiderhandlungen werden mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wahldemagogen

Die Schünemannpresse, das Blatt des Großwarenhauses Karstadt, beginnt wieder in scheinheiliger Ueberparteilichkeit, gehässig Angriffe gegen die Nationalsozialisten zu richten und bemüht sich dabei zu verhindern, daß ihre Leser ein klares Bild von den tatsächlichen politischen Vorgängen gewinnen. Wir nehmen es den Bremer Nachrichten nicht übel, wenn sie den Brief an Hindenburg kritisieren, aber es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn man uns einen Vorwurf daraus machen will, daß Hindenburg der Kandidat der Sozialdemokraten ist. Es steht einmal fest, daß die Sozialdemokratie vom Landesverrat lebt und es steht zum anderen fest, daß wir allein das Recht dazu haben, unser Bedauern darüber auszusprechen, da heute Hindenburg von der Sozialdemokratie gewählt wird, denn wir, und nicht die Bremer Nachrichten, haben uns seinerzeit für die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten eingesetzt.

Wir hätten zu dem langatmigen Leitartikel der Bremer Nachrichten, der sich bemüht, es einem halben Dutzend Weltanschauungen recht zumachen, nicht Stellung genommen, wenn nicht eine absolut demagogische Behauptung darin aufgestellt würde, die den politischen Tatsachen ins Gesicht schlägt. Der Artikelschreiber kommt nämlich zu dem Schluß, daß Hindenburg nach seiner Wiederwahl, einen neuen Kurs einschlagen und das Kabinett Brüning austauschen würde. Ist dem Artikelschreiber nicht bekannt, daß die ganze nationale Opposition bereit gewesen wäre, sich hinter Hindenburg zu stellen, wenn er es fertiggebracht hätte, sich von Brüning zu trennen? Glaubt der Artikelschreiber wirklich, daß man die nationale Opposition zur Regierung einladen wird, nachdem die Systemparteien durch die Wiederwahl Hindenburgs einen Sieg errungen haben? Die Tatsache läßt sich nicht wegleugnen, daß die Wiederwahl Hindenburgs die Fortsetzung der verhängnisvollen Notverordnungspolitik bedeutet und es hat auch mehr als einer der Agitatoren für das System in seinen Wahlreden verlangt, daß alles beim alten bleiben solle. Wir aber wollen, daß alles anders wird und darum wählt die Mehrheit des deutschen Volkes Adolf Hitler.

Nationalwirtschaft!

Das ökonomische Gestaltungsprinzip des Dritten Reiches.

Dr. Rudolf Albert, Dresden.

Die gegenwärtige Volkswirtschaft Deutschlands befindet sich in so starkem Maße in Abhängigkeit vom Auslande, daß der Zustand zu ernstesten Befürchtungen Anlaß gibt, nicht nur für ihre Funktionen selbst, sondern auch in Bezug auf die politische Lage der Nation. Gehen wir Bestrebungen nach, die unsere volkswirtschaftliche Freiheit erreichen und Mißstände der ökonomischen Struktur beseitigen sollen, so dienen wir politischen und wirtschaftlichen Zielen zugleich. Die freie Entfaltung der politischen Macht unseres Volkes und auch dessen kulturelle Entwicklungen hängen mit dem wirtschaftlichen Erfolg und der Wirtschaftsform zusammen. Gerade weil für uns auch die Volkswirtschaft ein Mittel zum völkischen Aufstieg ist, muß ihre Bedeutung mit unter dem Gesichtspunkt nationalsozialistischer Ideen gewertet werden.

Nationalsozialismus und Wirtschaft lassen sich, wenn man den völkischen Gedanken einmal durchsetzen will, ebensowenig voneinander lösen wie Nationalismus und Kultur. Nur wenn die Wirtschaft sittlicher Ideen entkleidet wird, also liberalistischen oder marxistischen Tendenzen hörig ist, versucht sie, nationale Interessen zu übersehen oder gar zu verletzen. Die Wirtschaft aber, welche durch die starke Autorität der Staatsgewalt unter den kategorischen Imperativ gestellt wird, jederzeit zum Wohle des Volkes und Vaterlandes zu handeln, kann mit nationalen Pflichten nicht in Widerspruch geraten, sondern muß auf ihrem Gebiet deren Erfüllung sein.

Bloß ein materialistisches Zeitalter konnte zu Wirtschaftserscheinungen kommen, die nationalen Belangen zuwiderlaufen. Hat sich der nationale Gedanke als natürlicher Lebensstil des ganzen Volkes durchgesetzt, dann wird auch die Wirtschaft folgerichtig sich nach dieser Grundeinstellung organisieren, und zwar sowohl in ihrer inneren Struktur, ihren Zielen wie auch Beziehungen zum Auslande. Nationalwirtschaft ist ein ökonomisches Gestaltungsprinzip, das für den Aufbau des Dritten Reiches zur Selbstverständlichkeit wird, wie es andererseits auch eine Ablösung des gegenwärtig herrschenden politischen Systems zur unbedingten Voraussetzung hat.

Der Begriff Nationalwirtschaft ist von den verschiedensten Theoretikern je nach ihrer Einstellung mannigfach ausgelegt und bewertet worden. Wenn ich als Nationalsozialist Ziele umreiße, die sich auf den Nenner Nationalwirtschaft vereinigen lassen, so ist selbstverständlich, daß meine Gedanken bestimmt werden von Grundlinien des Parteiprogramms, das Wohl und Freiheit aller deutschen Menschen im Auge hat. Die Verwirklichung nationalwirtschaftlichen Denkens muß von Verantwortungsgefühl gegenüber der gesamten Nation getragen sein und kann sich infolgedessen nur in den Rahmen sinnvoll einfügen, der die Ideenwelt des Dritten Reiches umschließt.

Wer sich unter Nationalwirtschaft lediglich Bestrebungen vorstellt, die dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem einen „patriotischen" Mantel zu geben geeignet sind, treibt mit dem Begriffe ärgsten Mißbrauch.

Im Mittelpunkt des kommenden deutschen Staates steht der deutsche Mensch,

steht das deutsche Volk, dessen Lebenswille sich unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Tatsachen und Notwendigkeiten eine Wirtschaftsform geben muß, die für alle Schaffenden eine sichere Existenzgrundlage sein wird, und ein Mittel ist, den Bestand der Nation auch nach außen hin zu garantieren. Eine Summe wirtschaftlicher Neuordnung im Aufbau des Wirtschaftssystems muß Hand in Hand gehen mit dem Ziele der

möglichst unbeschränkten ökonomischen Selbständigkeit des deutschen Volkes.

Der Begriff Nationalwirtschaft wird also nicht durch eine Reihe von Wünschen erschöpft, die auch unter dem heutigen System schon durchgeführt werden könnten, sondern vermag erst durch einen Staat verkörpert zu werden, der in der Lage ist, den Willen zur nationalen Behauptung aufs äußerste anzuspannen.

Ohne Tauschbeziehungen zwischen Völkern ist keine Wirtschaft eines entwickelten Staates denkbar.

Die Gefahr in ökonomische Hörigkeit gegenüber anderen Ländern zu kommen, wird auch niemals durch normalen und notwendigen Warenverkehr begründet, sondern nur durch Wirtschaftsbeziehungen, die sich einfach über nationale Belange hinwegsetzen und aus irgendwelchen privatwirtschaftlichen Gründen ihr Interesse mit dem Ausland verbinden, ohne dafür eine volkswirtschaftliche Rechtfertigung anführen zu können. Es ist auch klar, daß Deutschland gewisse Rohstoffe einführen muß, weil sie im eigenen Lande nicht erzeugt werden können. Aber die Einfuhr muß nach volkswirtschaftlichen und nationalpolitischen Notwendigkeiten geregelt werden, um Schäden auszuschließen. Sprechen politische Gründe dafür, die Einfuhrmenge von irgendeinem Lande her zu drosseln, so wird ein nationalwirtschaftlich orientiertes Volk in bestimmten Fällen auch um des höheren Zweckes willen auf gewisse Produkte verzichten müssen, wenn es eben unmöglich ist, sie durch die heimische Produktion, sei es mit oder ohne Wirtschaftsbeziehung zu einem Staate, gegen die keine Bedenken sprechen, zu ersetzen. Glücklicherweise bürgt der volkswirtschaftliche Aufbau Deutschlands dafür, daß wir in keinem wirklich und unbedingt lebenswichtigen Erzeugnis, das durch keine Umstellung zu ersetzen wäre, in Abhängigkeit vom Auslande stehen, wenn nur von uns selbst die entsprechende Fürsorge getroffen wird.

Ebensowenig bedeutet natürlich der nationalwirtschaftliche Gedanke Verzicht auf Ausfuhr. Wir wissen, daß auch bei günstigster Beurteilung aller Möglichkeiten, die in der Siedlungsfrage liegen, sowie bei größtmöglicher Hebung der Kaufkraft des Binnenmarktes ein Teil der deutschen Wirtschaft auf Export angewiesen sein wird. Auch der nationalwirtschaftlich orientierte Staat muß es begrüßen, wenn fremde Volkswirtschaften teilweise ihren Bedarf bei der deutschen Wirtschaft decken. Entscheidend ist aber, daß in einem nationalwirtschaftlichen System auch darüber gewacht werden muß, Schäden für die eigene Volkswirtschaft zu vermeiden; die durch verfehlte Ausfuhrpolitik eintreten können.

Die Möglichkeiten schädlicher Ausfuhr sind mannigfach. Sie können in ungesunder Verknappung des Angebots für den Binnenmarkt bestehen. In Exportverkäufen um jeden Preis liegt die große Gefahr des Lohndruckes, und außerdem veranlassen sie sehr oft überteuerte Inlandspreise, um durch diesen Ausgleich eine Rentabilität zu ermöglichen. Es ist aber auch möglich, daß die Ausfuhr eines bestimmten Artikels die Konkurrenz für die eigene Volkswirtschaft in der Welt erhöht.

Man wird nie alle Fragen, die in diesem Zusammenhange auftauchen, mit einer Schablone lösen können, sondern muß von Fall zu Fall entscheiden. Daß aber auf dem Gebiete mancher Schaden für die deutsche Volkswirtschaft verhütet werden kann, liegt auf der Hand.

Ebenso wie wir es als einen Verlust für unser Volkstum beklagen müssen, wenn deutsche Volksgenossen als „Kulturdünger" die Wirtschaft fremder Nationalitäten befruchten, muß es verurteilt werden, wenn durch deutsche Geisteserzeugnisse das Ausland in die Lage versetzt wird, unsere Volkswirtschaft zu schädigen. Nationalwirtschaft treiben, heißt eben auch den Vorsprung deutscher Produktionsmittel für die deutsche Wirtschaft sicherzustellen.

Haben wir gesehen, daß der Begriff Nationalwirtschaft weder jede Einfuhr ausschließt, soweit sie nötig und nützlich im volkswirtschaftlichen Sinne ist, noch die Ausfuhr, sofern nicht aus besonderen Gründen ein Verbot oder eine Beschränkung angebracht erscheint, so müssen wir ihr Wesen tiefer fassen als es gewöhnlich von denen geschieht, die den Ausdruck nur oberflächlich gebrauchen. Die Bestrebung, nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen den Warenaustausch mit anderen Völkern zu regeln und zu beeinflussen, sind nur ein Teil der nationalwirtschaftlichen Ziele, über dessen Bedeutung man freilich nicht im Zweifel sein darf.

Entscheidend für die Verwirklichung der Nationalwirtschaft ist, daß ihr System dem deutschen Volke die Garantie geben muß, daß es mit seiner Volkswirtschaft von Krisen fremder Wirtschaften weitmöglichst unberührt bleibt. Die wirtschaftliche „Autarkie" eines Staates ist erst in der ökonomischen Unantastbarkeit erfüllt, in einer Wirtschaftslage, die jedenfalls nicht entscheidend durch auswärtige Manöver oder Ereignisse beeinflußt werden kann.

Das Verhältnis der Nationalwirtschaft zur sogenannten Weltwirtschaft ist damit schon gekennzeichnet. Das erstrebenswerte Ziel muß sein, bei Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Völkern darauf zu dringen, daß kein Risiko damit verbunden ist, durch welches die wirtschaftliche Autonomie Deutschlands eingeschränkt werden könnte. Nur wenn der Staat ein wachsames Auge über die Volkswirtschaft hat und gegebenenfalls bereit ist, seine Autorität zum Wohle der Nation gegen Interessentenhaufen zu vertreten, wird es möglich sein, solche Wirtschaftspolitik zu treiben. Souveränität ist eine allgemein anerkannte und unbedingte Voraussetzung staatlicher Existenz, und ihr Inbegriff wird tatsächlich nur zur vollen Geltung kommen, wenn sich die Volkswirtschaft in größtmöglicher Unabhängigkeit befindet von der „Weltwirtschaft".

Pleite marxistischer Geschäftspolitik!

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" gibt jetzt die Ziffern über das Geschäftsjahr 1931 bekannt, die einen erheblichen Rückgang der marxistischen Geschäftsunternehmen aufweist. Schon die Zahl der Konsumgenossenschaften ging um 9 Vereine zurück, ein fühlbarer Verlust bei der Größe der einzelnen Organisationen! Die Mitgliederzahl weist einen Schwund von 30 000 Genossen auf, der Gesamtumsatz sank jedoch verhältnismäßig weit tiefer, von 1212 auf 1047 Millionen also um beinahe 15 %; jedes Mitglied kaufte im Jahre 1931 durchschnittlich um 50 RM. weniger ein als im Vorjahre. Angeblich eine Folge der „Preissenkung"! Man will deshalb die Anteile der Mitglieder erhöhen, in der Börsensprache sich auf Kosten der Aktionäre sanieren. Trotz der liebreichen Unterstützung durch die Preußenkasse, die das Kreditvolumen für die landwirtschaftlichen Genossenschaften abdrosselt, das der Konsumgenossenschaften erhöhte, zeigen die roten Bankvereine eine erhebliche Einbuße. Der Rückgang der Spareinlagen um 100 Millionen zehrt den geschäftstüchtigen „Marxisten am Nerv.

Die Konsumgenossenschaften sind die wertvollene marxistischen Kapitalsträger, die Partei und Bonzokratie bedienen und zugleich dem deutschen gewerblichen Mittelstand brutale Konkurrenz bieten. Gestützt auf die steuerlichen und finanziellen Vergünstigungen. Trotzdem geht es mit den marxistischen Geschäftsunternehmen ständig bergab. Die Arbeiterfrau sieht langsam ein, welche Geschäftchen auf dem Rücken der einzelnen getätigt werden. Die marxistische Konsumgenossenschaft wird und muß ebenso wie sein kapitalistischer Bruder, das Warenhaus, aus dem deutschen Wirtschaftsleben verschwinden.

ZDA. für Thälmann

Auf einer Funktionärversammlung des marxistischen Gesamtverbandes und des Zentralverbandes der Angestellten kam es am Sonntagvormittag im Berliner Gewerkschaftshaus zu stürmischen Auseinandersetzungen. Schließlich wurde ein Mißtrauensantrag gegen die Verbandsbürokratie ausgesprochen und ein Beschluß gefaßt, für die Wahl Teddy Thälmanns einzutreten.

„Osterbotschaft" der Gewerkschaftsbonzen

Die vereinigte und patentierte Bonzenschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verkündete kürzlich mit großartigen Tönen ein „Arbeitsbeschaffungsprogramm". Mehrere Genossen haben verschiedene Projekte ausgearbeitet, die nun als Heil des Heils zur „Ankurbelung der Wirtschaft" angepriesen werden. Ein allgemeiner „Kriegkongreß" in der Karwoche soll über die einzelnen Vorschläge Beschluß fassen. Die großen marxistischen Wirtschaftssachverständigen wollen der Arbeiterschaft einen Köder hinwerfen, der allerdings mit Arbeit nicht viel mehr zu schaffen hat, als den Namen.

Dabei wird an ein anderes Projekt erinnert, daß der Oeffentlichkeit vor Ostern 1931 mit vieler Reklame überreicht wurde: Das Braunsgutachten, angefertigt von weisen und weißen Gelehrten und Geleerten am Grünen Tische. Inzwischen ist ihr Projekt jedoch sanft entschlafen, zahllose Notverordnungen hatten die Grabwache. Und nun melden sich zur Abwechslung einmal wieder die Marxisten in derselben Sache. Es wäre weit zweckmäßiger, man ließe die bezahlten Beamten der Gewerkschaften zu Hause; herauskommen wird dabei doch nichts anderes als die Neuauflage des alten, abgewirtschafteten.

Französisches Flugzeug ins Meer gestürzt.

Paris, 29. Februar. Auf der Luftverkehrslinie Frankreich—Südamerika ist ein Flugzeug der Gesellschaft Aero Postale ins Meer abgestürzt, wobei vier Personen den Tod gefunden haben.

Neuer japanischer Großangriff

Schanghai, 1. März. Am Dienstag vormittag, 8.30 Uhr Ortszeit, eröffneten die Japaner auf der ganzen Front von Tschapei bis Kiangwan eine neue Offensive. Nach vorhergehender Bombardierung Tschapeis durch Flugzeuge, rückte die japanische Infanterie trotz des chinesischen Widerstandes im Bezirk Hongkiu, sowie gegen das Gebäude der „Handelspresse" vor.

Am Dienstag wurden an der Yangtsemündung 12 000 Mann japanische Truppen gelandet. Es wird vermutet, daß diese Truppen, die unter dem Oberbefehl des Generals Schirolawa stehen, die chinesische Front hinter dem Wusung-Forts umgehen sollen.

Japan bezeichnet die Ratsvorschläge als annehmbar.

London, 1. März. Nach britischen Meldungen aus Tokio hat sich die japanische Regierung entschieden, die Genfer Vorschläge für die Einberufung einer Vermittlungskonferenz in Schanghai für annehmbar zu erklären. Außenminister Joschisawa teilte mit, daß die von dem Präsidenten des Völkerbundsrates gemachten Vorschläge nicht mit der japanischen Politik in Widerspruch ständen. Die japanischen Vertreter in Genf sind von der Entscheidung der japanischen Regierung unterrichtet worden.

Polen gegen Danzig

Danzig, 1. März. Die Danzig-polnischen Kontingentverhandlungen, die am 20. Januar begonnen hatten, sind am Montag wegen unannehmbarer politischer Forderungen Polens ergebnislos abgebrochen worden.

Wie von amtlicher Danziger Seite hierzu u. a. mitgeteilt wird, hat sich die Danziger Abordnung bis zum Aeußersten bemüht, den polnischen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Das Entgegenkommen Danzigs ist von Polen damit beantwortet worden, daß es ganz unannehmbare Forderungen stellte, durch die die wenigen Rechte, die Danzig nach dem Wortlaut der Verträge besitzt, noch vermindert oder aufgehoben würden. Während der Verhandlungen habe die polnische Regierung ihre Danzig schwer schädigenden Maßnahmen so verschärft, daß heute nur noch von einem regelrechten Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig gesprochen werden könne. Polen habe nicht weniger als die Aufgabe jeglichen Eigenrechts bezüglich der Danziger Handels- und Industriekontingente gefordert, was zur Folge haben würde, daß polnische Organe die Entwicklung der Danziger Wirtschaft nach ihren politischen Wünschen gestalten könnten. Das wäre das Ende der wirtschaftlichen Selbständigkeit Danzigs.

Politischer Zusammenstoß in Buenos-Aires. 8 Tote, 30 Verwundete.

Newyork, 29. Februar. „Wie aus Buenos-Aires gemeldet wird, kam es vor dem Gebäude der Zeitung „La Fronda" zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen politischen Gegnern, wobei acht Personen getötet und 30 verwundet wurden.

Ein Dampfer bei Sachalin gesunken. 23 Tote.

Peking, 1. März. Nach einer Meldung aus Tschifu ist ein japanischer Dampfer, der nach Sachalin unterwegs war, im Taifun untergegangen. 23 Matrosen sind ertrunken.

Von heute auf morgen

3. Fortsetzung **Ein Roman aus unserer Bewegung**

An drei, vier Tischen saßen SA.-Leute, teils allein, teils mit Zivilisten. Die Gespräche gingen munter und frei von der Leber. Der Sprache nach waren es Sachsen, die sich hier bei einem Schälchen „Heeßen" eingefunden hatten.

Er half ihr aus dem Mantel und sie nahmen Platz.

Gerade als er anfangen wollte, kam die Bedienung. Er bestellte. Nein, sie wollte nur eine Tasse Kaffee.

„Und außerdem sind schon beinahe fünf Minuten um!"

Wie sie das sagte, schaute sie ihn wieder von unten herauf an, halb ernst, halb schelmisch. Und er gestand sich, daß ihre Stimme ihm ein ungemeines Behagen gewährte.

„Ehe Sie beginnen, sagen Sie mir doch: sind Sie nicht Offizier gewesen?"

Er mußte lachen.

„Haben Sie am Ende auch von mir geträumt?"

„Nicht daß ich wüßte. Aber sagen Sie zuerst: stimmt es, daß Sie Offizier gewesen sind?"

„Nun denn: ja."

„Hab' ich mir's doch nicht gedacht! So etwas kann sich nicht verbergen, wenn's auch schon lange her ist.

Ich sehe es jedem auf hundert Schritte an, der einmal mit dem Offiziersrock verwachsen war. Ich bin nämlich selbst aus der Klique. Mein Vater war Oberst. Es ist schon eine Weile her ... Doch nun, nachdem das Gelände einigermaßen geklärt ist, schießen Sie los!"

Der Kaffee kam. Otto von der Heid schob die Tasse auf die Seite, bot seiner Dame eine Zigarette an — nein, danke, sie rauchte nicht! — steckte sich selbst eine an, begann zu erzählen.

Sie hörte ihm aufmerksam zu und wurde sehr ernst. Auf einmal sah er, wie sie die kleinen Fäuste ballte. Eine tiefe Falte, wie mit dem Messer gezogen, stand senkrecht über der schmalen, geraden Nase. Aus den Augen war aller Schalk und Scherz gewichen. Ihr Blick ging seltsam gespannt an ihm vorüber.

Als er geendet hatte, schwieg sie eine Weile. Dann sprach sie, ohne ihn anzusehen, immer den Blick starr in die eine Ecke des Raumes gerichtet:

„Es bestätigt sich also, was mir zugeflüstert worden ist. Ich wohne standesgemäß in einem kleinen, elenden Quartier der Altstadt, mit allen möglichen Leuten zusammen. Zum Glück bin ich von früh bis spät nicht zu Hause. So erfahre ich natürlich auch selten oder nie, was sich in der dunklen Gegend tut. Dieser Tage nun kam die Tochter meiner Wirtin auf mein Zimmer und sagte, sie müsse mir ein schweres Geheimnis anvertrauen und ich solle ihr helfen.

Das Mädel ist begeisterte Nationalsozialistin und den unerhörtesten Schikanen in und außer dem Hause ausgesetzt. Ihr Bräutigam ist bei der SA. Sie hat mir atemlos berichtet, daß die Kommunisten ein Komplott geschmiedet hätten, um den Hitlerleuten den Braunschweiger Tag zu „verfalzen".

Die Einzelheiten sind mir nicht mehr gegenwärtig. Aber das eine ist mir besonders im Gedächtnis geblieben: die Kommunisten hätten sich eines großen Teiles der Straßendirnen versichert; diese sollten, gegen entsprechende Kopfprämien! — allein gehende SA.-Leute in die Altstadt locken, damit sie den hier zu Hunderten versteckten Mordbanden in die Hände fielen.

Der Hauptwortführer bei den Zusammenkünften sei ein Kommunist aus Berlin. Er spreche nur ein gebrochenes Deutsch und habe ein Gesicht wie ein Raubvogel. — Sie hat ihn mir später im Vorbeigehen gezeigt. Ich würde ihn auf hundert Schritte wiedererkennen.

Ich habe das Mädel beruhigt, es würde schon nicht so schlimm werden, die Polizei sei doch gut informiert, und die Hitlerleute würden schon Anweisung haben, vorsichtig zu sein.

Aber sie wollte sich nicht zufrieden geben, bis ich ihr versprach, von mir aus auf dem Revier Anzeige zu erstatten. Das habe ich dann auch getan. Und jetzt, nachdem ich Ihre Erzählung gehört habe, deren Inhalt gewiß nicht auf einem Zufall beruht, freue ich mich, daß ich es getan habe. Aber sagen Sie selbst: in welche Abgründe menschlicher Verblendtheit schaut man da!"

„Sie haben recht. Wir in Amerika — ich bin erst seit vier Wochen aus Newyork zurück — sind auch nicht gerade wählerisch, wenn es die Beseitigung eines Gegners gilt. Doch von diesen Kerlen könnten unsere Leute noch lernen. Uebrigens: fürchten Sie nicht, daß man auf Sie verdacht hat und daß Sie beobachtet werden?"

„Kann sein. An Andeutungen hat's nicht gefehlt, wenn ich auch feststellen mußte, daß diese Bande im Grunde genommen ebenso feige wie gemein ist. Sie fühlen sich immer nur stark und sicher im Hinterhalt und in der Ueberzahl."

„Sie sagten eben, daß Sie tagsüber nicht zu Hause sind. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß Sie beruflich tätig sind? Entschuldigen Sie, es klingt indiskret, aber ich frage nicht aus Neugierde ..."

„Warum soll ich es Ihnen nicht sagen! Ja, ich bin Verkäuferin in einem Warenhaus. Zehn, zwölf, vierzehn Stunden am Tag. Damit man auch weiß, wofür man seine 80 Mark im Monat bekommt!"

„80 Mark im Monat — — —"

„Das braucht Sie nicht zu erschüttern. Es gibt Leute in Deutschland, die noch viel weniger haben und auch leben müssen."

„Das ändert nichts an der Tatsache, daß es mir leid tut, Sie in solcher Lage zu wissen."

„Wollen wir nicht von etwas anderem sprechen, Herr von der Heid?"

Er ließ nicht locker.

„Sagen Sie mir bitte noch: haben Sie keine Verwandten oder Bekannten in Braunschweig?"

„Niemand als eine verheiratete Schulfreundin."

„Hm ..."

Der Kaffee war längst kalt geworden. Einige Gäste verabschiedeten sich. Draußen zog eine Kolonne im Gleichschritt vorbei.

In diesem Augenblick ging die Tür auf. Zwei Herren traten herein. Kragen hoch gestellt, die Schlapphüte tief ins Gesicht gezogen.

„Der Schwarze!" flüsterte das Fräulein und zog unwillkürlich den Kopf zwischen die Schultern. „Die Alte hat ihn mir einmal beim Fortgehen gezeigt. Er ist es."

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland vor der Entscheidung

Dieser Kampf muss mit der Vernichtung des 9. November 1918 endigen

Wir brachten am Montag bereits einen Auszug aus der Rede Adolf Hitlers, die er am Sonntag im Sportpalast vor 25 000 Berlinern hielt. Wir geben heute den Inhalt nochmals im Wortlaut wieder, da die Feststellungen unseres Führers von programmatischer Wichtigkeit sind.

Wenn ich das „aufrichtige Bedauern" meiner „Freunde" in der Berliner Presse darüber lese, daß ich, der bisher unbesiegte Führer, nunmehr durch meine Umgebung gezwungen und gedrängt würde, in die Niederung des Parteikampfes hinunterzusteigen, und dabei Gefahr liefe, zum ersten Male vielleicht besiegt zu werden, dann sehe ich demgegenüber die in Ihnen allen lebendige Erkenntnis: Wer mutig und entschlossen kämpft, wer gewillt ist, das Aeußerste einzusetzen, der kann niemals besiegt werden. Denn selbst, was dem anderen dann als Niederlage erscheint, ist in Wirklichkeit doch tausendmal besser als das, was wir heute mit „Luger Ergebung" und „Fügung" als „Schicksal" bezeichnen.

Sie empfinden es, daß in diesen kommenden Wochen ein Riesenkampf vielleicht in seinen entscheidenden Stunden anrückt. Sie wissen auch, daß es sich diesmal um wesentlich mehr handelt als um eine Präsidentschaftskandidatur.

Sie wissen, daß diesmal gekämpft wird und gerungen wird um den Begriff des 9. November 1918 und seine Folgeerscheinungen, und daß dieser Kampf gar nicht anders ausgehen kann als mit der Vernichtung dieses 9. November 1918 und seiner Folgeerscheinungen.

13 Jahre lang habe ich, erst als Unbekannter, Namenloser, später als meinen Gegner Wohlbekannter diesen Kampf auf mich genommen. 13 Jahre lang war ich der unentwegte Angreifer. 13 Jahre bin ich der dauernde Ankläger gewesen gegen dieses System. Und heute? Heute, meine Volksgenossen, fordere ich Sie auf, daß Sie nun die Richter werden.

Man wird mir vielleicht entgegenhalten: Mit welchem Recht sind Sie gerade der öffentliche Ankläger gewesen? Mit dem Recht eines Mannes, der aus dieser namenlosen Masse Volk stammt, dieser Masse, die ihr am 9. November 1918 geschlagen und ins Unglück gestürzt habt! Mit dem Recht eines dieser Millionen Namenloser, die sich früher nicht zur Wehr setzen konnten, und die in mir nun euch gegenüber den Sprecher gefunden haben. Heute weiß ich, daß hinter diesen Anklagen bereits die Mehrheit des deutschen Volkes steht und das ganze Volk stehen würde, wenn es nicht durch die Interessenten des 9. November 1918 in einer Pressehypnose gehalten würde.

Ich glaube, daß gerade dieser kommende 13. März eine Partei wieder vor diesen Richterstuhl hinzitieren wird, nämlich die Partei, die einst erklärte, daß sie dem Volk, dem deutschen Arbeiter, dem deutschen Proletarier Glück, Zukunft und soziale Gerechtigkeit bringen werde, und die heute zu feige ist, ihren Namen überhaupt in den Kampf zu stellen. Wenn heute die Sozialdemokratie sich zu schreiben erfrecht, die Erfüllungspolitik müsse ein Ende nehmen; jawohl! Weil wir euch dazu zwingen! Wenn es heute in Deutschland eine Ueberzeugung gibt, daß die Kriegsschuldlüge, die Locarno-, Dawes- und Youngverträge unmöglich sind, daß sie unseren und am Ende sogar den Ruin der Wirtschaft der Welt bringen, dann nur, meine Freunde, weil in Zehn- und Hunderttausenden von Kundgebungen, Versammlungen, Reden und öffentlichen Ansprachen wir unser Volk darüber belehrten.

Sie können heute nun nicht mehr verschweigen, was Millionen schon wissen.

Und nicht anders ist es in der Zeit der sogenannten Notverordnungen geworden. Wenn wir jetzt in unser deutsches Volk hineinsehen, dann erblicken wir die Trümmerhaufen des Meilensteines des sogenannten November-Emporstieges. Zahlreiche Berufe und Stände sind zusammengebrochen, Millionen Menschen haben ihren Spargroschen verloren, Millionen andere ihr Geschäft, ihren Arbeitsplatz und sind dem Verhungern ausgeliefert. Ein ganzes Volk ist dem Untergang geweiht. Man weiß das jetzt auch auf einmal. Eine Million Bauern steht vor dem Zusammenbruch ihrer Existenz, vor dem Verlust von Haus und Hof. Das kleine Handwerk ist vernichtet, der Mittelstand so gut wie beseitigt. Elend über Elend, Katastrophe über Katastrophe, wohin wir heute blicken.

Und dabei ist das nur der materielle Teil unseres Unglücks, denn schwerer vielleicht wiegt noch die Einbuße von Ansehen in der Welt. Wie ist man 13 Jahre lang mit uns umgegangen! Wo finden Sie ähnliche Vergleiche, Beispiele in der Weltgeschichte? Wo Zeiten, in denen ein großes Volk so mißhandelt werden konnte? So gequält werden konnte, so verächtlich gemacht werden konnte wie unser deutsches Volk?

Heute wollen diejenigen plötzlich Vertrauen fordern, die einst das Vertrauen zerstört haben. Aber sie können kein Vertrauen finden, weil dem Volk eine Ueberzeugung abhanden gekommen ist, nämlich die Ueberzeugung, daß Gesetz und Moral immer ein und dasselbe sein muß.

In diesen Tagen lesen Sie wieder in der Presse, wie nötig es sei, das bestehende System und die Regierung des Augenblicks dem deutschen Volk auch weiterhin zu erhalten. Meine Freunde! Im Jahre 1918 hatte Deutschland vielleicht 35 000 Spartakisten, 1919 vielleicht eine halbe Million unabhängige Sozialdemokraten. 1925 1,4 Millionen Kommunisten bei der ersten Reichspräsidentenwahl; und bei der zweiten Wahl, da der Generalfeldmarschall aufgestellt wurde, schon über 1,7 Millionen Kommunisten; und bei der Reichstagswahl 1930, fünf Jahre später, schon über 4 Millionen Kommunisten. Heute werden es vielleicht 6, 7 oder 8 Millionen sein. Und trotzdem sagen sie: Nur so weiter, damit das deutsche Volk einig werde. Ja, nur so weiter, und nach weiteren sieben Jahren wird überhaupt kein deutsches Volk mehr da sein!

Es ist eine schöne These, zu sagen: Ich bin der Wahrer der Verfassung. Der Reichspräsident muß mehr als das, er muß der Wahrer des deutschen Volkes sein!

Wir sehen, daß das heutige System aber nur einen einzigen Gedanken hat, sich selbst zu erhalten und nicht zu gehen.

So sind wir 13 Jahre lang Ankläger gewesen, und nun kommt die Stunde, da Sie, meine Volksgenossen, nach 13 Jahren am 13. März wohl zum erstenmal im großen Umfange Richter sein müssen über das, was bisher von der einen Seite zerstört, und Richter über das, was die andere Seite an inneren Werten unseres Volkes wieder aufgebaut hat!

Und wenn unsere Gegner dann ganz erstaunte und dummdreiste Fragen stellen, was habt denn ihr Großes dem deutschen Volke zu geben, dann geben wir zur Antwort:

einen neuen Glauben, eine neue Hoffnung und eine durch nichts mehr zu erschütternde Zuversicht!

Diese Entwicklung ist es, die uns den Mut gibt, zu hoffen, daß nunmehr eine Wende des deutschen Schicksals eintritt.

Deutsche Volksgenossen! Vor drei Tagen, da wurde mein Name durch die ganze Presse gezogen, und, die wenigsten werden sich dabei vielleicht erinnert haben, daß ich genau 12 Jahre vorher, am 24. Februar 1920, zum ersten Male vor die Oeffentlichkeit trat und vor dieser Oeffentlichkeit Programm und Ziele dieser Bewegung verkündete. Und heute, da ich zu Ihnen spreche, da jährt sich wieder ein solcher Tag. Heute vor 7 Jahren, am 27. Februar 1925, da ich aus der Festung zurückkehrte, habe ich zum zweitenmal Programm und Ziel dieser Bewegung der Oeffentlichkeit verkündet. Drei Tage, und welche Arbeit liegt in ihrer Spanne! Erst ein fünfjähriges Ringen, am Ende von unserem Gegner als Vernichtung empfunden, und nunmehr ein siebenjähriges Ringen, und wieder stehen wir jetzt in der Front, mit legalen Waffen die zu treffen, die wir einst mit anderen Waffen treffen wollten. Sieben Jahre zum zweitenmal Kampf und Arbeit und Opfer, und zum zweitenmal Erfolg und Erfolg. Heute, da wissen sie, daß es in Deutschland dem System gegenüber, das den November 1918 und die darauffolgenden 13 Jahre auf dem Gewissen hat, nur einen einzigen Gegner gibt, und das sind wir.

Unsere Parole:

Wir stürzen euch auf alle Fälle!

Wenn der „Vorwärts" heute im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei schreibt: „Schlagt Hitler!", so bin ich stolz darauf. Ich will nichts anderes, als mich mit Euch schlagen, und das Schicksal soll dann die Waage in die Faust nehmen und abwägen, in welcher Schale mehr Opfer sind und mehr Wille und mehr Entschlossenheit, in Eurer oder in unserer. Ich kenne Eure Parole.

Ihr sagt: „Wir bleiben um jeden Preis", und ich sage Euch:

„Wir stürzen Euch auf alle Fälle!"

Und was Ihr auch dagegen unternehmen mögt, was Ihr dagegen schreiben mögt, lügen und verleumden mögt, es wird zuschanden werden!

Und wenn Ihr sagt, daß nun endlich ich selbst in dieser Arena des Kampfes stehe, jawohl, ich glaube, daß jetzt die Entscheidung naht, und ich würde zu stolz sein und zu selbstbewußt, um bei dieser Entscheidung vielleicht im zweiten Glied zu marschieren. Im Gegenteil, ich bin glücklich, daß ich jetzt mit meinen Kameraden schlagen kann, so oder so. Und wenn Ihr nun glaubt, uns durch Drohungen mürbe zu machen, so täuscht Ihr Euch! Sie können mir ruhig mit der Hundepeitsche drohen (stürmische Pfuirufe). Wir werden sehen, ob am Ende dieses Kampfes die Peitsche sich noch in Euren Händen befindet.

Der 13. März wird für uns ein Kampftag sein, und ich glaube, daß dieser Kampf, meine Volksgenossen, den Segen findet, den er verdient. 13 Jahre Ringen, 13 Jahre Beharrlichkeit, 13 Jahre Entschlossenheit können nicht umsonst gewesen sein.

Ich glaube an eine höhere Gerechtigkeit. Ich glaube, daß sie Deutschland geschlagen hat, weil wir treulos geworden waren, und ich glaube, daß sie uns helfen wird, weil wir wieder Treue bekennen.

Ich glaube, daß sich der Arm des Allmächtigen von denen wegziehen wird, die nur nach fremder Deckung suchen.

Wir haben einst dem Generalfeldmarschall gehorsam, wie dem obersten Kriegsherrn, gedient und haben ihn verehrt und wollen, daß sein Name dem deutschen Volk als Führer des großen Ringens erhalten bleibt. Weil wir aber das wünschen und weil wir das wollen, sehen wir heute die Pflicht, dem alten Generalfeldmarschall zuzurufen:

Alter Mann, du bist uns zu verehrungswürdig, als daß wir es dulden könnten, daß hinter dich sich die stellen, die wir vernichten wollen. So leid es uns daher tut, du mußt zur Seite treten, denn sie wollen den Kampf, und wir wollen ihn auch.

Und ich glaube, daß dieser Kampf mit dem Sieg derer beendet wird, die den Sieg auch verdienen, verdienen durch ihren Kampf, durch ihre Opfer und ihren Einsatz, durch ihre Beharrlichkeit und Entschlossenheit, durch ihren Glauben und durch die großen Ideale, die sie beseelen.

Unser muss der Sieg sein!

Und so bitte ich denn, gehen Sie in die kommenden Wochen hinein und erfüllen Sie Ihre Pflicht! Sehen Sie in diesem März mehr als einen Monat deutscher Geschichte. Sehen Sie in ihm zum erstenmal vielleicht den Tag, der es ermöglicht, daß das Buch der Weltgeschichte noch einmal aufgeschlagen wird, und daß dann die Seiten von 1918 bis 1932 herausgerissen werden. Daß es nicht mehr heißt, das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht, sondern daß es dann im Anschluß an die Großtat unseres Heeres heißt: **das deutsche Volk hat seine Ehre wiedergewonnen!**

Auf daß dann die nächsten Blätter wieder bleiben können ruhmreich und ehrenvoll für unser Volk, daß diese Blätter dann einst wieder der Geschichte sein werden für unsere deutsche Jugend, Geschichte, die sie nicht zum Erröten bringt.

Die Stunde kommt, tun Sie jetzt Ihre Pflicht, und unser muß der Sieg sein.

Unter ungeheurem, nicht endenwollendem Jubel der zu höchster Kampfbegeisterung entflammten und zu unbändigem Siegeswillen emporgerissenen Massen verließ der Führer den Sportpalast.

Damit ist für die NSDAP. der Wahlkampf eröffnet, ein Wahlkampf, wie ihn Deutschland noch nicht gesehen hat. Vom heutigen Tage an rast die nationalsozialistische Aufklärungswelle durch das Land unter der Parole, die der Reichspropagandaleiter allen deutschen Freiheitskämpfern mit auf den Weg gab:

Für das System tritt ein jeder ein, der will, daß in Deutschland alles so bleibt, wie es ist, für Hindenburg.

Gegen das System tritt ein jeder ein, der der Ueberzeugung ist, daß in Deutschland alles, aber auch alles, geändert werden muß. In Hindenburg verkörpert sich das, was ist.

In Hitler, der Hoffnung von Millionen, verkörpert sich heute das, was kommt.

Abend für Abend tagen über Deutschland in diesen Wochen 3000 Versammlungen dahin. Das macht insgesamt noch rund 50 000 Massenkundgebungen. Acht Millionen Broschüren werden in die Massen hineingeworfen, 12 Millionen Zeitungs-Extraausgaben werden in die Hand des Volkes gegeben. Eine Million Bildplakate werden an den Litfaß-Säulen in Stadt und Land erscheinen, von der Kleinarbeit nicht zu sprechen, an die 900 000 Nationalsozialisten in diesen Tagen ihre ganze Kraft setzen. Das ist eine politische Heeresformation, in der sich jeder als Soldat fühlt, und in der jeder der Ueberzeugung ist, daß durch ihn die Schlacht gewonnen wird.

Vorwärts zum Siege!

Die Nationalen melden sich

Der Herr Polizeipräsident von Berlin, Albert Grzesinski, sah sich veranlaßt, wie er sich ausdrückte, den „Angriff", die Gauzeitung der NSDAP. für Groß-Berlin auf die Dauer von 6 Tagen zu verbieten.

Zeitungsverbote sind in dem heutigen System gewiß nichts Neues. Aber mit was für ausgefallenen Begründungen derartig einschneidende Maßnahmen „gerechtfertigt" werden, dafür hat uns Berlins prominenter SPD-Oberhüter ein treffendes Beispiel gegeben. Der „Angriff" soll in einer Form zu einer Versammlung aufgerufen haben, die geeignet ist, die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung auf das schwerste zu stören.

Das Organ Dr. Göbbels hat nichts anderes getan, als das Thema eines unserer Redner anzugeben, welches lautete: „Der Kandidat Crispiens." Eine harmlose und ungefährliche Ankündigung. Doch Herr Grzesinski, Vorgesetzter des Juden Weiß vom Berliner Polizeipräsidium, scheint sich über die moralische Minderwertigkeit der SPD., die einen Generalfeldmarschall von Hindenburg vor sieben Jahren noch aufs gemeinste verleumdete und beleidigt, dem sie heute zu einem „Ehrenposten" in der Judenrepublik verhelfen will, bewußt zu sein, denn die Begründung seiner Verbots-Anordnung beginnt mit der bemerkenswerten Feststellung . . . . „weil mit dieser Bezeichnung der Herr Reichspräsident von Hindenburg getroffen werden sollte."

„Ja, das Wort, das Dr. Göbbels im Reichstag prägte: „Sage mir, wer Dich lobt und ich sage Dir, wer Du bist", hat seine Berechtigung in der Geschichte der deutschen Gegenwart. **Nicht der Generalfeldmarschall von Hindenburg ist es gewesen**, der es den anständigen Teilen der deutschen Bevölkerung unmöglich gemacht hat, ihn zu wählen, **sondern jene anderen Elemente und feigen Drückeberger, die es nicht wagen und nicht fähig sind, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, sich aber unterstehen, mit der verehrungswürdigen Gestalt eines Generalfeldmarschalls von Hindenburg gemeinsames Schindluder zu treiben.**

Wir Nationalsozialisten sind stets bis solange für die bedingte Wiederwahl des Generalfeldmarschalls zum Reichspräsidenten eingetreten, **wie noch die Gewähr geboten war, daß unter seiner Amtszeit die Belange eines deutschen Volkes erfolgreich vertreten werden konnten.** Aber wir sind in Jahren unermüdlichen Kampfes auch so klug geworden, daß wir die Wandlungsfähigkeit jener Masse, denen ein Weis, Hilferding oder Crispien „Führer" sind erkennen können. Wir haben nur ein Lächeln für Leute, die sich **gestern noch brüsteten, Deserteure zu sein und offen zum Landesverrat aufforderten** und die heute dreist und in gottesfürchtigem Tone erklären:

„Die direkte oder indirekte Bezeichnung als Landesverräter gegenüber Staatsbürgern und ganzen Teilen des deutschen Volkes ist eine rohe Aeußerung der Mißachtung und verfolgt den Zweck, zu kränken und Deutsche als der Achtung des deutschen Volkes unwürdig hinzustellen."

Der Polizeipräsident von Berlin, Herr Albert Grzesinski, hätte vorsichtiger schreiben sollen, **denn er hat damit das Urteil über seine Genossen, die in 13 Jahren ihrer Herrschaft keinen besseren Rat wußten, als die beanstandeten Begriffe zu ihrer heiligen Forderung zu machen, gefällt.**

Hindenburg

Eine Tragödie.

Durch unsagbare Opfer und Entbehrungen, durch heldenmütige Tapferkeit des wehrfähigen deutschen Frontsoldaten gelang es, den Sieg von Tannenberg zu erringen.

Das deutsche Volk schuf hier den Helden von Tannenberg, Hindenburg — —

Dieses siegreiche Heer hätte der Generalfeldmarschall von Hindenburg auch siegreich durch den Weltkrieg führen können, wenn es unerschüttert geblieben wäre und nicht eine Zentrumspartei, ein Erzberger, den Siegeswillen im Volk gelähmt und Ebert, Crispien, Löbe, Dittmann, Noske und Genossen durch Streik und Sabotage das deutsche Volk wehrlos gemacht hätten.

Der immer noch gesunde Kern des nationalen vaterlandsliebenden Volkes, unter Voranstürmen derjenigen, die Hindenburg zum Siege von Tannenberg und zum Generalfeldmarschall verholfen hatten, hob den Generalfeldmarschall im Jahre 1925 entgegen den gemeinsten Angriffen desselben Zentrums und derselben Sozialdemokratie von 1918 auf den Reichspräsidentenstuhl.

Sieben Jahre lang versah der Reichspräsident von Hindenburg sein schweres Amt. —

Die Neuwahl steht vor der Tür. — Allen, die für den Generalfeldmarschall von Hindenburg gekämpft, gelitten und geblutet haben, allen die im Jahre 1925 ihn zur höchsten Stelle des deutschen Reiches erhoben, kehrt er den Rücken, um denen zu dienen, sich neu von denen auf diesen Platz erheben zu lassen, die den Kampfeswillen im deutschen Volke gebrochen, den deutschen Soldaten entwaffnet, den deutschen Offizier entehrt haben.

Am Ende seiner siebenjährigen Dienstzeit kann der von dem nationalen Deutschland erwählte Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, für sich das Lob unwidersprochen aus dem Munde seiner früheren Gegner entgegennehmen: „Wir wählen ihn wieder, weil er uns nicht enttäuscht hat!"

Volk und Wirtschaft

Reform der technischen Fachpresse

Der Nationalsozialismus wird auch diese Frage lösen — Fort mit dem liberalen Ballast!

Wir haben uns schon einmal mit den absterbenden fachwissenschaftlichen technischen Zeitschriften befaßt, die heute eigentlich nur noch schwache Hüter einer untergehenden liberalistischen Welt sind (Vergl. Rote Erde v. 15. 1. 32). Unsere Abhandlung hat ein bemerkenswertes Echo gefunden. Eine Zuschrift erklärt: „Endlich ist das Stichwort ausgesprochen, weg mit dem Spezialistentum, her mit dem „technischen Beobachter!" Hierunter verstehen wir Nationalsozialisten eine technische Zeitschrift, die dem „Völkischen Beobachter" sinngemäß nachgebildet ist; das heißt: man wünscht eine Zeitschrift mit universalistischen Gedankengängen und begründet das wie folgt Der Ingenieur von heute verkommt im Spezialistentum und kann es einfach nicht mehr verdauen. Wenn es möglich wäre, festzustellen, mit welchem Wirkungsgrad die jetzige technische Fachpresse arbeitet, so würde man mit Recht erschrecken. Das Streben des Ingenieurs geht an sich aufs Ganze, er sucht sich den Blick für die Zusammenhänge des Großen Ganzen, solange wie möglich zu erhalten und über die Scheuklappen des eng begrenzten Sonderfaches hinwegzuziehen. Er sucht krampfhaft nach universalistischen, zusammenschauenden Aufsätzen, die den Sinn seiner eigenen Arbeit im Rahmen seines Volkes erkennen lassen. Abgesehen von der Höhe des technischen Fachwissens, sind die technisch-wissenschaftlichen Zeitschriften einfach geistig öde, leer und geistlos. Weder das Volk noch die Volkswirtschaft noch der deutsche Mensch als solcher kommt darin zu seinem Rechte, ja Versuche, dies zu ändern, werden einfach glatt abgelehnt. Was Wunder, daß dann die Verödung weitergeht.

Wie weltfremd solche Zeitschriften sind, beweist z. B. die letzte Nummer der bekannten eisenhüttentechnischen Zeitschrift „Stahl und Eisen" vom 18. 2. 32. Da fordert z. B. eine Anzeige auf der ersten Seite, die Wiedereroberung des Weltmarktes. Ach, du lieber Gott! Mit Zeitungsanzeigen erobert man doch den Weltmarkt nicht! Das sollten doch nun allmählich die Herren von der Schwerindustrie gelernt haben. Wenn wir auf dem Weltmarkte überhaupt noch einmal etwas zu sagen haben wollen, so muß vor allem erst einmal ein starkes Deutschland geschaffen werden. Dazu ist notwendig, daß die Herren von der Schwerindustrie erst einmal alle, und zwar schleunigst eingeschriebene Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei werden, damit sie lernen, worauf es heute überhaupt ankommt: Nicht auf die Vertretung noch so tiefgründigen Spezialistentums, sondern auf das Erkennen der Zusammenhänge von Volk, Volkswirtschaft, Mensch, Rasse, Seele, Politik usw. Alles Dinge, über die in ihren Zeitschriften zu reden, mehr als verpönt ist. Wenn sie dies aber gelernt haben, so werden sie erkennen, daß zum Zweiten notwendig ist die Abkehr von der sogenannten weltwirtschaftlichen Betrachtungsweise, die allein uns so tief ins Elend geführt hat. Sie werden dann erkennen, daß zum Dritten notwendig ist die Wiederherstellung eines ausnahmefähigen Binnenmarktes als der Grundlage jeder Volkswirtschaft überhaupt. Und viertens würden sie lernen, daß die technisch-wissenschaftlichen Zeitschriften nicht dazu da sind, um Sonderwissen im Dienste profitbringen Unternehmertums zu züchten, sondern die Ingenieure zu erziehen zum Dienste am deutschen Volke nach dem Grundsatze „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Dann würden sie auch erkennen, daß es uns Nationalsozialisten gar nicht imponieren kann, wenn, wie es in der oben angezogenen Nummer von Stahl und Eisen zu lesen ist, unter den neuen Mitgliedern etwa die Hälfte Ausländer sind. Nein, was gehen uns die Ausländer an? Ist es nicht Wahnsinn, in einer Zeit des Kampfes auf Leben und Tod unseres Volkes, den Ausländern auch noch die Waffen zu liefern, mit denen sie uns das Leben sauer machen?

Wie müßte nun eine solche Zeitschrift wohl aussehen? Wöchentlich einmal ein Heft von etwa 16 Seiten und Anzeigenteil, jede Seite mit Heftrand, damit man den Ballast sofort loswerden und die Aufsätze nach Stoffen sammeln kann. Preis etwa 4 Mark vierteljährlich, jedes Heft mit 2 Originalaufsätzen, kurz und bündig, mit Weglassung alles unnützen Beiwerkes und alles Spezialistentums, alles von großen Gesichtspunkten und in der Zusammenschau der gesamten Technik wahre Volkswirtschaft gesehen; dazu ein Artikel im Sinne der Nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre und eine wirtschaftliche Wochenübersicht; Rest: kurze technische Nachrichten, Erfindungen, die großen Linien des ingenieurmäßigen Betrachtens der Welt aufzeigend, überall den Menschen mit seiner Seele und seinem volksgebundenen Verwachsensein mit der deutschen Scholle im Vordergrunde darstellend. Das ist es, was uns Nationalsozialisten vorschwebt, wenn wir von einem „Technischen Beobachter" sprechen und an dessen Schaffung wir herangehen müssen, wenn wir unsere Ingenieure aus den Klauen der liberalistischen Zeitschriften herausreißen wollen.

Wenn dieser „Technische Beobachter" erscheint, so wird ein Aufjauchzen durch unsere Reihen gehen; denn die Aufgabe liegt in der Luft, und dies nicht zu bemerken, ist eben das Kennzeichen dafür, daß die heutige Welt des Liberalismus nicht mehr imstande ist, neue Aufgaben zu erkennen, geschweige denn, sie zu lösen. Auch hier, wie überall, ist es der Nationalsozialismus, der allein imstande ist, die großen Fragen des geistigen Lebens zu meistern.

Hartmann.

England schützt seine Arbeit

Ausländer dürfen nur mit Erlaubnis des Arbeitsministeriums beschäftigt werden — Und Deutschland?

Von Tag zu Tag wächst die Riesenarmee der Erwerbslosen in Deutschland, ohne daß das morsche und abgewirtschaftete System in der Lage ist, auch nur einen einigermaßen nützigen Schritt zu unternehmen, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden.

Wie radikal dagegen England diesem Uebel an die Wurzel geht, zeigt nachfolgender Brief an einen Parteigenossen, der bei der „American Expreß Company Inc.", London SW. 1., ein Stellengesuch für einen Deutschen eingereicht hatte:

„Herrn ...

... Straße 38,

Dortmund: Germany

Sehr geehrter Herr!

In Erwiderung Ihres Geehrten vom 17. ds. Mts. bedauern wir Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir im Augenblick keine freien Stellen in irgendeinem unserer Büros zu vergeben haben.

Wir befürchten, daß Ihr Freund bedeutende Schwierigkeiten im Augenblick haben wird, eine Stelle in diesem Lande (England) wegen der großen Anzahl von Erwerbslosen zu finden.

Es ist keiner Organisation erlaubt, einen Ausländer zu beschäftigen, ohne vorher die Erlaubnis vom Arbeitsministerium eingeholt zu haben, und es ist unbedingt erforderlich, einen über alle Zweifel erhabenen Beweis dafür zu erbringen, daß die in Frage kommende Stelle nicht von einem Engländer ausgefüllt werden kann.

Es ist von keinem Belang, ob die Stelle salariert oder die Arbeit freiwilliger Natur ist.

In diesen Verhältnissen bedauern wir sehr, Ihnen **nicht behilflich sein zu können.**

Hochachtungsvoll

gez. D. A. R. Smart, Geschäftsführer."

Dieses Schreiben der englischen Firma beweist am besten, wie England das Problem der Arbeitslosigkeit meistern will. Zunächst nur Beschäftigung für jeden eigenen Volksgenossen, wobei der Ausländer rücksichtslos ausgeschaltet wird. **Und wie ist es bei uns?** Täglich können wir gerade das Gegenteil erfahren. **Der Ausländer findet nicht nur Beschäftigung, nein, er wird sogar noch bevorzugt.**

Deutsche Volksgenossen, bei Euch liegt es, diesen unhaltbaren Zuständen in Deutschland ein Ende zu bereiten. **Gebt Eure Stimmen am 13. März Adolf Hitler, den Führer der deutschen Freiheitsbewegung!**

Kleine Sparer fordern ihr Recht

Geharnischte Erklärung der Geschädigten der „Bank für Handel und Grundbesitz" gegen die Regierung.

Die Riesenversammlung, der infolge wirtschaftsparteilicher Machinationen beim Zusammenbruch der „Bank für Handel und Grundbesitz" Geschädigten faßte folgenden Entschluß:

„Die am 26. Februar 1932 versammelten Gläubiger der zahlungsunfähigen Bank für Handel und Grundbesitz **fordern von ihrer** Reichsregierung nochmal **eine hundertprozentige Garantie** ihrer Spareinlagen. **Sie sind aufs tiefste entrüstet,** daß es eine deutsche Regierung wagen konnte, sie mit einer dreißigprozentigen Garantie abfinden zu wollen. Dies umso mehr, **als die gleiche Regierung auf der anderen Seite durch unglaubliche, diktatorische Steuermaßnahmen Gelder aus der deutschen Wirtschaft eintrieb, um Tribute an das Ausland zu bezahlen** — und zwar noch zu einer Zeit, als sich sogar Auslandsstimmen hiergegen erhoben —, wodurch sie selbst die Schuld daran mitträgt, daß die deutsche Wirtschaft zum Erliegen kam und die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz fallierte. Daß sie so handeln kann, hat sie auch bereits bewiesen in dem Fall der Danatbank, wo eine hundertprozentige Garantie der Einlagen gegeben wurde. Die Gründe der Regierung für die unterschiedliche Behandlung der Gläubiger der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz sind in keiner Weise stichhaltig; zumal in eingeweihten Kreisen längst bekannt ist, daß die fehlgeschlagenen geschäftlichen Transaktionen und Spekulationen der Danatbank nicht anders gelagert sind wie im Fall Berliner Bank für Handel und Grundbesitz. Würde also die Regierung ihre Garantie gegenüber den Sparern, der letzteren, in deren Reihen bitterste Not herrscht, nicht erweitern, so haben die hier Versammelten nur die eine Erklärung

wichtiger erscheinen lassen, als die Erhaltung des Sparkapitals kleiner und kleinster Sparer.

Nationalsozialistischer Erfolg

Auf der Schachtanlage Thyssen 4/8 Hamborn fand eine neue Betriebsratswahl statt. Durch den kommunistischen RGO-Streik Anfang Januar war auch der gesamte kommunistische Betriebsrat entlassen worden. Um der Arbeiterschaft aber eine neue Vertretung zu geben, mußte eine neue Wahl stattfinden. Das Ergebnis war folgendes:

Wahlberechtigt 1026 —
Wahlbeteiligung 1023 (!)

Es erhielten an Stimmen:

NSBO	153	(127)
Christliche	148	(128)
Freie	88	(150)
RGO	630	(1800)

(In Klammern Zahlen des Vorjahres)

Obertarif zum Zolltarif

Berlin, 1. März. Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung u. a. auch mit der Frage des sogenannten Obertarifes zum Zolltarif beschäftigt. Es handelt sich dabei um tarifliche Maßnahmen gegen diejenigen Länder, die deutsche Waren bei der Einfuhr unterschiedlich behandeln. Die Verhandlungen des Reichskabinetts über diese Frage dürften voraussichtlich bereits in kürzester Zeit abgeschlossen werden.

*

Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. Januar 1932 hat die Reichsregierung die Einführung eines Obertarifs beschlossen. Der Obertarif gilt für Waren, die aus Ländern stammen, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder welche die deutschen Waren ungünstiger behandeln als die Waren eines dritten Landes. Die Länder, auf deren Boden und Gewässerzeugnisse der Obertarif anzuwenden ist, werden durch besondere Verordnung bestimmt.

Keine Brotpreiserhöhung

Berlin. Reichskommissar Goerdeler hat angeordnet, daß der Berliner Brotpreis nicht über den Stand der vergangenen Woche erhöht werden darf.

Die Gärung im DHV.

Immer neue Proteste gegen den system- und notverordnungstreuen Herrn Bechly — Ein Offener Brief

In der Zeitschrift „Deutsche Handels-Wacht" (Nr. 2 vom 20. 2. 32) des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes bringen Sie einen Artikel „Reichspräsidentenwahl" dessen Inhalt mich sehr befremdet hat. Sie weisen im vorletzten Absatz dieses Artikels selbst darauf hin, daß laut Satzung des DHV. „parteipolitische Betrebungen innerhalb des Verbandes ausgeschlossen sind". Warum nun, Herr Bechly, benutzen Sie die Zeitschrift des Verbandes, um Ihre politische Stellungnahme zu rechtfertigen? Was soll Ihre Versicherung, daß Sie

„auch jetzt treu und unerschütterlich zu Hindenburg stehen".

bedeuten? Letzten Endes sind doch Ihre privaten Ansichten, worüber Sie keinem Menschen Rechenschaft geben brauchen.

Anders verhält es sich aber mit Ihrer Unterschrift in der Sammelliste des Sahm-Ausschusses. Sie werden wissen, daß Sie als Vorsteher eines Verbandes von solcher Bedeutung wie die des DHV im öffentlichen Leben eine Ausnahmestellung einnehmen und daher alle Ihre Handlungen für den Verband von Einfluß sind. Ihre Unterschrift ist auch entsprechend gewertet und gleichzeitig der Eindruck erweckt, als wenn nun der ganze Verband Ihre politische Einstellung habe. Warum mußte ausgerechnet auch noch Ihre Unterschrift in der Sammelliste stehen? Hätte es nicht genügt, wenn Sie als Privatmann Ihrem Kandidaten bei der Wahl Ihre Stimme gaben? Sie müssen mir schon gestatten zu bemerken, daß ich mir unseren Vorsteher ganz anders (diplomatischer) vorgestellt hatte. Eins werden Sie doch wohl zugeben müssen, nämlich, daß man nicht die Unterschrift des Herrn Hans Bechly wünschte, sondern das es darauf ankam, die Unterschrift des Verbandsvorstehers des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zu bekommen. Sollten Sie ohne Absicht auf diesen Leim gekrochen sein? Aber Sie sagen ja selbst in Ihrem Artikel:

„Anderseits bin ich natürlich nicht so naiv, zu glauben, daß meine Unterschrift nicht mehr zu bedeuten hat, als die eines beliebigen Privatmannes. Nein, ich gebe sie gegeben im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die ich als Führer des DHV damit übernehme."

(Diese Verantwortung sollen Sie zur gegebenen Zeit haben.) Jetzt darf ich aber wohl fragen, wo die parteipolitische Neutralität des Verbandes bleibt. Es dürfte Ihnen wohl sicherlich nicht entgangen sein, daß es bei der jetzigen Reichspräsidentenwahl nicht um die Person des Herrn von Hindenburg geht, **sondern um das System.** Herr von Hindenburg hat im Laufe von 7 Jahren gezeigt, daß er nicht die Absicht hat, die Irrwitzen des Systems zu berichtigen, er hat sich vielmehr von den Parteien, die ihn 1925 in der schmutzigsten Weise bekämpften, nunmehr als Kandidat aufstellen lassen. Wenn es Ihnen, Herr Bechly, gut genug ist, sich in eine Reihe mit den Marxisten zu stellen (sachören Sie etwa auch zur „Eisernen Front"?), dann aber noch lange nicht allen Mitgliedern des DHV.

Herr Bechly, Sie fordern in Ihrem Artikel unverblümt zur Wahl Hindenburgs auf. Ich erblicke hierin einen Verstoß gegen die Satzungen unseres Verbandes. Ich kann nicht annehmen, daß Sie in gutem Glauben gehandelt haben. Ihre langjährige politische Tätigkeit dürfte keine Unklarheit bezügl. der Reichspräsidentenwahl bei Ihnen aufkommen lassen. Sie mußten wissen worum es ging.

Das eine lassen Sie sich von mir gesagt sein, wenn in den kommenden Wochen das bisherige System noch weiter notverordnen darf, dann tragen Sie mit an der Schuld, die den nationalen Angestellten und im weiteren Sinne die nationalen Arbeiter der Stirn und der Faust noch tiefer ins Elend drückt.

Hochachtungsvoll

Karl Langner,

Mitglied des DHV (Nr. 688436).

Stillstand der englischen Kohleneinfuhr nach Deutschland

London, 1. März. Die neuen Kohleneinfuhrbeschränkungsbestimmungen des Reichskohlenkommissars bedeutet, dem „Daily Telegraph" zufolge, daß die englische **Kohleneinfuhr nach Deutschland** nunmehr zum **Stillstand kommen werde,** so daß in den Kohlenbezirken von Durham und Northumberland die Förderung von Kohle erheblich eingeschränkt werden müßte. Der Februar sei einer der schlechtesten Monate für diese Bezirke und die deutsche Verfügung komme als ein sehr unangenehmer Abschluß für diesen Monat.

Aus Bremen Stadt und Staat

An alle Kameraden und Parteigenossen!

Mit Beginn des Monats März setzt die NSDAP. mit dem Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl ein. Tag für Tag in ungezählten Versammlungen werden wir trommeln, um unserem Kandidaten zum Siege zu verhelfen und damit die Idee Adolf Hitlers in die Tat umzusetzen, Schon jetzt müssen die Vorbereitungen getroffen werden, um genau so gerüstet dazustehen wie die gegnerischen Parteien, die uns mit ihrer jahrzehnte alten Organisation voraus sind und die wir nur durch den Einsatz aller Kräfte mit dem unserer Weltanschauung innewohnenden Schwung überwinden können.

In vorderster Linie, besonders zum Wahlsonntag, am 13. März, werden wir nationalsozialistischen Kraftfahrer mit unseren Maschinen und unserer Person stehen, um der Wahlleitung und allen ihren Helfern ungehinderte Bewegungsfreiheit zu geben. Sie selbst wissen, unter welchen ungeheuren Schwierigkeiten diese Männer zu arbeiten haben, und wir müssen die Arbeit so reibungslos wie möglich gestalten.

Sie werden daher schon jetzt aufgefordert, sich zur Verfügung zu stellen und Ihr Fahrzeug zu melden. Keiner darf zurückstehen und jeder muß sich bereit halten.

Das zugegangene Meldeformular ist umgehend auszufüllen und an den Motorstaffelführer einzusenden, der für eine gerechte Verteilung und ordnungsgemäßen Einsatz der Fahrzeuge zu sorgen hat.

Am Wahlsonntag wird sich zeigen, ob das NSKK. und die Motorverbände das Machtmittel der politischen Propaganda sind.

Meldungen an den Pg. Gropp, Bremen, Kronprinzenstraße 84, Hansa 42294.

Amtliche Wahlbeeinflussung

Verbot von NSDAP-Wahlversammlungen in Hemelingen.

Im Rahmen der Propagandatätigkeit der NSDAP. für die Reichspräsidentenwahl waren auch in Hemelingen zwei Versammlungen geplant, die jedoch vom Landrat in Achim mit der Begründung verboten wurden, daß die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereiche der Möglichkeit liege, da anzunehmen sei, daß politisch Andersdenkende an den Veranstaltungen teilnehmen würden. Der Vorsitzende der Sektion Hemelingen der NSDAP. hat darauf Beschwerde eingelegt und darauf hingewiesen, daß die Handhabung der Notverordnung den Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 parteiisch gegen die NSDAP. gerichtet sei, zumal es u. a. der Sozialdemokratischen Partei gestattet sei, in Hemelingen eine öffentliche Wahlversammlung abzuhalten.

Mitgliederversammlung der Sektion Mitte.

Die Sektion Mitte hielt am Freitag im Saal der Centralhallen ihre gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Pg. Pfeifer über die kommende Präsidentenwahl sprach. Ausgehend von den Ereignissen in Bremen und den Vorfällen in der Bürgerschaft führte er aus, daß die Parteien des Novembersystems sich jetzt als letzte Rettung hinter den breiten Rücken Hindenburgs stellten, um dessen guten Namen zur Deckung ihrer Personen zu benutzen. Es passe zur Unehrlichkeit der herrschenden Parteien, daß sie jetzt, um dem drohenden Volksgerichte zu entgehen, den gleichen Hindenburg aufs Schild erhöben, den sie bei der Präsidentenwahl 1925 in unglaublich gemeiner Weise beschimpft haben. — Der Kampf, der jetzt geführt wird, geht nicht um Hindenburg, sondern um die Ablösung dieses Systems, dessen Folgen und Ergebnisse das deutsche Volk mit jedem Tage furchtbar verspürt. Führer in diesem Kampfe ist, wie bisher in den letzten 13 Jahren, Adolf Hitler. Aller Terror und alle Verfolgung, alles Verjagen sogenannter Bundesgenossen und alle spießerhafte Feigheit und Aengstlichkeit werden uns nicht hindern, auf dem Wege fortzuschreiten, den wir zum Wohle des deutschen Volkes betreten haben. Die Ausführungen des Pg. Pfeifer wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Sodann hielt der Pg. Lange einen kurzen, aufklärenden Vortrag über Arbeit und Aufgabe der NSBO. und forderte zur eifrigen Mitarbeit in den Betriebszellen auf, um für alle kommenden Aufgaben gerüstet zu sein. — Nach Bekanntgabe einiger organisatorischer Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem dreifachen Sieg-Heil auf unseren Obersten Führer geschlossen. Hg.

Kommunistische Streikhetze in Bremerhaven. Bei der Fischversandfirma Merkur sind 20 Fischarbeiterinnen wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Von kommunistischer Seite wird versucht, auch die übrige Belegschaft in den Streik zu ziehen. Diese Bemühungen sind jedoch erfolglos geblieben, denn es arbeiten zurzeit noch 250 Personen auf Grund der tariflichen Vereinbarungen.

Ernennung. Wie wir hören, ist der Regierungsrat bei der Deputation für Häfen und Eisenbahnen, Dr. jur. Salander, kommissarisch zum Direktor der Staatshauptkasse vom Senat ernannt worden.

Reingefallen. Auf einen alten Zigeunertrick ist ein Landwirt aus dem Oldenburgischen, der auf dem hiesigen Pferdemarkt eine vierjährige Stute verkaufen wollte, reingefallen. Neben ihm hielt ein Zigeuner ein altes Schlachtpferd zum Kaufe feil. Der Landwirt wollte für sein Pferd den Kaufpreis von 550 Mark erzielen, was ihm trotz vieler Interessenten nicht gelang. Plötzlich trat ein angeblicher Käufer auf, der dem Zigeuner für sein altes Pferd 550 Mark bot. Als der Landwirt dieses hörte, bot er dem Käufer sein Pferd für diesen Preis zum Kaufe an. Der Käufer wollte aber das alte Pferd des Zigeuners haben. Der Zigeuner machte nun dem Landwirt den Vorschlag, die Pferde zu vertauschen, damit er den Kaufpreis erziele. Nachdem die Pferde vertauscht waren, hatte sich der angebliche Käufer heimlich entfernt. Der Landwirt ist sein Pferd los, er hat dafür kein Geld bekommen und ist um diesen Betrag geschädigt worden. Beschreibung des Käufers: 40 bis 45 Jahre alt, etwa 1,75 Meter groß, stark, hat eine Narbe auf der rechten Backe; er soll mit Zigeunern umherziehen.

Polizeibericht. Zwei Vertreter, die hier mehrere Tage in einem Hotel logierten und denen man einen größeren Kredit eingeräumt hatte, verschwanden heimlich, ohne die Hotelkosten zu bezahlen. Beide werden sich wegen Betruges zu verantworten haben. — Aus einem auf einem Parkplatz aufgestellten auswärtigen Personenkraftwagen wurde am 28. Februar, mittags zwischen 13 und 14.30 Uhr ein kleiner dunkelbrauner genarbter Lederkoffer mit verschiedenen Herrenbekleidungen entwendet. Der Koffer enthielt 6 Pakete zu je ein Pfund Margarine „Frihodi", 5 Pfund Butter in einem Stück, sowie Kleinigkeiten. — Einem Fensterputzer wurde am 27. Februar nachmittags seine neben der Bedürfnisanstalt Kastanien-Ecke Münchenerstraße aufgestellte zehnstufige auseinandernehmbare Fensterreinigungsleiter gestohlen. Nicht ausgeschlossen erscheint, daß sie irgendwo gesichert ist. Der Finder wird gebeten, sich bei der nächsten Polizeiwache zu melden. — In einem Warenhaus der Obernstraße wurde am 27. Februar einer Ehefrau beim Fleischeinkauf eine braune Lederhandtasche, die sie auf eine Einholetasche gelegt hatte, enthaltend 13 Mark, eine goldene Damenarmbanduhr sowie Schlüssel, entwendet. (Warum geht die Ehefrau ins Warenhaus.)

Aufgefundene Kiste mit Apfelsinen. Noch nicht ermittelt ist der Eigentümer einer Kiste mit Apfelsinen, die ein Lastkraftwagen am 17. Februar auf der Provinzialstraße Wesermünde-Bremen, der in Richtung Wesermünde fuhr, zwischen Stotel und Hahnenknoop verloren hat. Der Eigentümer mag sich an das Landjägeramt in Stotel wenden. — Ferner wurden drei Fahrräder gestohlen.

Unfälle. Zeugen gesucht. Am 24. Febr., 12.45 Uhr, wurde in der Findorffstraße, unmittelbar vor der Eisenbahnunterführung, ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen angefahren und verletzt. Augenzeugen dieses Unfalles, welche dem Verletzten geholfen haben, werden gebeten, sich bei der nächsten Polizeiwache zu melden. — Auf der Faulenstraße wurde ein Radfahrer von einem Kraftrade angefahren und zu Fall gebracht. Der Radfahrer trug eine Verletzung oberhalb des rechten Auges und sonstige kleine Verletzungen davon. — Beim Verlassen des Fußsteiges auf der Landwehrstraße kam ein Invalide zu Fall und zog sich Verletzungen über dem rechten Auge zu, die seine Ueberführung in das Diakonissenhaus erforderlich machten.

Goethe-Woche im Stadttheater. Das Bremer Stadttheater wird zum Gedächtnis des 100jährigen Todestages von Goethe eine Woche der Erinnerung des deutschen Genius bringen, und zwar werden aufgeführt werden: „Egmont" mit der Musik von Beethoven, „Iphigenie" mit einem Vorspruch von Dr. Rudolf Alexander Schröder, ferner in der bekannten eindrucksvollen Inszenierung der „Urfaust" und schließlich „Götz von Berlichingen", in der Urfassung mit Heinrich George, dem bedeutendsten Götz der Gegenwart, als Götz. Ferner wird die deutsche Jugendbühne eine Goethe-Feier an einem Sonntagvormittag veranstalten.

Centralhallen-Schauspiel. Wegen der starken Inanspruchnahme des Personals für die Vorbereitungen zur „Schönen Helena" und für die Goethe-Woche können die angesetzten Wiederholungen von „Mein Leopold" leider nicht stattfinden.

Die Fachgesellschaft für Erbgutlehre und Erbgutpflege (früher Rassenhygiene) veranstaltet am Dienstag, den 15. März, in der Kunsthalle einen Vortragsabend, auf dem Herr Dr. v. Alten über „Kunst und Rasse" (mit Lichtbildern) sprechen wird. Nach dem Vortrage findet freie Aussprache statt. Eingeführte Gäste sind willkommen. — Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pfennig erhoben werden. Wir weisen besonders unsere Pg. auf die Veranstaltungen der obengenannten Gesellschaft hin.

Verzeichnis der Postscheckkunden. Die Verzeichnisse der Postscheckkunden bei den Postscheckämtern im Deutschen Reich werden in nächster Zeit nach dem Stande vom 1. Januar 1932 erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen, die auch über die Preise Auskunft erteilen, Postscheckkunden erhalten die Verzeichnisse auf Wunsch von ihrem Postscheckamt unter Abbuchung des Preises von ihrem Konto; sie können sich auch den regelmäßigen Bezug durch einmalige Bestellung bei ihrem Postscheckamt sichern. —

Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Bermuda- und Hawai-Inseln. Am 1. März wird der Fernsprechverkehr mit allen Teilnehmersprechstellen auf der Hauptinsel der Bermuda-Inseln und auf den Hawai-Inseln Oahu (Honolulu), Hawai, Kauai und Maui über die drahtlosen Verbindungen London-Newyork, Newyork-Bermuda sowie San Francisco-Honolulu aufgenommen werden. Zwischen Newyork und San Francisco besteht eine Drahtverbindung. Die Betriebszeit der Funkverbindung mit Bermuda ist täglich von 15.00 bis 03.00 Uhr, die der Funkverbindung mit den Hawai-Inseln täglich von 19.30 bis 03.30 Uhr (08.00 bis 16.00 Uhr Honolulu-Zeit). Zugelassen sind dieselben Gesprächsarten wie im Verkehr mit Nordamerika.

Ein Dreiminutengespräch kostet nach Bermuda 171.— Rm., nach den Hawai-Inseln Oahu 207.00 Rm., Hawai, Kauai und Maui 219.00 Rm. Die Benachrichtigungsgebühr beträgt für nicht ausgeführte Gespräche nach Bermuda 23.60 Rm., nach den Hawai-Inseln 27.70 Rm.

Immer neue Schiffstonnage wird stillgelegt. Der in Bremerhaven eingetroffene Lloyddampfer „Optima" geht in den Geestemünder Handelshafen, um dort aufzulegen. Diese Tatsache beleuchtet grell die Situation der deutschen Schiffahrt, da zunächst Lloydschiffe in die stadtbremischen Häfen nach Bremerhaven kamen, um dort aufzulegen. Zurzeit liegen in Bremerhaven 22 Lloydschiffe auf, dazu kommen noch andere aufliegende Fahrzeuge. Um die Schiffahrt und den Betrieb in dem hiesigen Hafen nicht zu behindern, muß jetzt der Geestemünder Handelshafen zum Auflegen der Schiffe beansprucht werden.

Ueberfüllung des Gefängnisses in Leer. Durch die andauernde Festnahme von Schmugglern ist das Gefängnis in Leer so stark besetzt worden, daß dort keine Aufnahmen mehr stattfinden konnten. Es wurden daher in diesen Tagen bereits einige Personen in das Gefängnis in Emden eingeliefert.

Achtung Parteigenossen!

Die

Auslegung der Stimmlisten

beginnt am Donnerstag, den 3. März, und währt bis zum Sonntag, den 6. März, einschließlich. Sie findet in der unteren Halle des Alten Rathauses von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags statt. Während der Auslegung ist die Einsicht in die Stimmlisten jedermanns Pflicht. Wer die Stimmlisten für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb der vorbezeichneten Auslegungsfrist im Auslegungsraum selbst oder im Bremischen Wahlamt, Herdentorsteinweg 37 II, Zimmer 40. unter Beibringung der etwa erforderlichen Beweismittel (Zeugnis über die Staatsangehörigkeit, polizeiliche Meldebescheinigungen usw.) schriftlich anzeigen oder zu Protokoll erklären. Ein schriftlich angebrachter Einspruch muß unterschrieben und mit Angabe der Wohnung des Einsprucherhebenden versehen sein. Einsprüche, die nach Ablauf der Auslegungsfrist angebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Stimmscheine für die Reichspräsidentenwahl

werden nur beim Vorliegen der im Gesetz bezeichneten Gründe auf mündlichen oder schriftlichen Antrag vom Bremischen Wahlamt, Herdentorsteinweg 37 II, Zimmer 40, ausgestellt. Voraussetzung für die Ausstellung von Stimmscheinen ist die Eintragung des Stimmberechtigten in die Stimmlisten. Deswegen muß sich jeder in der Zeit vom 3. bis 6. d. Mts. in der unteren Halle des Alten Rathauses davon überzeugen, ob er in die Stimmliste eingetragen ist, und gegebenenfalls die Berichtigung der Stimmliste veranlassen.

Seeleute

die sich durch ihr Seefahrtsbuch ausweisen, können ihr Stimmrecht für die Reichspräsidentenwahl schon vom Sonnabend, den 5. bis einschl. Freitag, den 18. d. Mt., ausüben, sofern sie sich nicht am allgemeinen Abstimmungstage — also am 13. März — in ihrem Wohnorte befinden, sondern vor diesem Abstimmungstage mit einem Seefahrzeug aus einem deutschen Seehafen ausfahren oder am Abstimmungstage selbst oder in den nachfolgenden 5 Tagen in einen deutschen Seehafen einfahren. Für diese Seeleute ist ein besonderes Abstimmungslokal im Bremischen Wahlamt, Herdentorsteinweg 37 III, eingerichtet worden, das in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet ist. Stimmscheine werden dort den Seeleuten auf Grund ihres Seefahrtsbuches ausgestellt.

Centralhallen

L'Arronge: **Mein Leopold.**

Ein alter, lieber Bekannter, aus der Zeit unserer kapotthuttragenden Mütter und Großmütter, der „Leopold", feierte am Sonntagabend in den Centralhallen seine „fröhliche Urständ" (Auferstehung) und spielte sich unter Lachen und Weinen genau so tief ins Herz hinein wie zu jener Zeit, da es in der Reichshauptstadt Berlin noch ein behagliches, genügsames Bürgertum gab und Meister und Geselle in patriarchalisch-zünftig anmutender Weise zusammenlebten und arbeiteten. Es ist ein köstliches Stück aus dem Volk und fürs Volk, an dem jung und alt, hoch und niedrig, arm und reich, seine herzliche Freude haben kann.

Die sorgfältige Neueinstudierung durch Herrn Ahnelt, die ausgezeichnete Besetzung jeder einzelnen Rolle, die stimmungsvollen Bühnenbilder verhalfen dem Stück im Verein mit dem Orchesterpart, der unter Herrn Schiffmanns Leitung sauber und klangvoll durchgeführt wurde, zu einem schönen und durchschlagenden Erfolge. Der schnodderige Berliner Jargon brachte in die einzelnen Szenen einen beschwingten, schmissigen Akzent. Herr Ahnelt vollbrachte als Gottlieb Weigelt durch eine überaus feinsinnige Verteilung von urwüchsigem Humor und tiefernster Tragik auf die Gestalt des alten Schusters eine Meisterleistung, die kaum zu überbieten sein dürfte. Glaubhaft und lebensecht brachte er in den Tagen des Glückes die sträfliche Affenliebe zu seinem mißratenen Sohn Leopold und im Unglück das resignierte Sichbeugen unter selbstverschuldetes Schicksal zum Ausdruck. Hat er uns in seinen komisch-heiteren Rollen so oft Tränen ins Auge gelockt, gestern gelang es ihm in tiefernsten Spiel des hartzugreifenden Lebens. Den leichtsinnig mit Mädchenherzen spielenden, verbummelten Parvenüsohn Leopold gab Herr Bitsch mit überzeugender Echtheit in Maske und Spiel. Köstlich auch die liebevoll um den Bruder besorgte und dem Ruf der Liebe folgende Schwester Klara des Frl. Saffar und ihr Partner, Herr Orlemann als rechtschaffener, zielbewußter Werkmeister, der starke Männlichkeit mit rührender Menschenliebe aufs glücklichste verbindet. Ein beneidenswertes Bild gedrungsamen, sorgenfreien Familienlebens boten der in markanten Zügen geprägte Stadtrichter des Herrn Rehder, seine geschäftige und geschäftliche Gattin (Frau Schulhof-Frühling) sowie seine drei reizenden Töchter (Fräulein Witte, Frl. Blohm und Frl. Bremer) von denen die letztere in der idyllischen Szene mit Meister Gottlieb im Mansardenstübchen durch ihr Lied und ihr Spiel die Herzen der Hörer gewann. Eine höchst originelle Type stellte Frl. Mühlenbruch mit ihrem schlagfertigen und liebeseligen Dienstmädchen Minna auf die Szene. Auch ihre Liedereinlage fand herzlichen Beifall. Herr Parge erheiterte das Publikum als quirlefitschiger Klavierlehrer Mehlmeyer, Herr Tröndle als Mietisch durch gelungene politisch-satirische Improvisationen aus aktuellster Gegenwart. Herr Gerlach spielte den um das Glück seiner Tochter besorgten Vater und Kaufmann Schwalbach markant und überzeugend. Auch die kleinen Rollen waren ausgezeichnet besetzt, so der frische und naiveise Lehrjunge des Frl. Röttger, der fesche, auf Ordnung haltende Unteroffizier des Herrn Achenbach, der Geselle des Herrn Zeisner sowie die niedlichen Kinderrollen Anneliese Dietrichs und Waltraut Plaß. Nicht vergessen sei auch die entzückende Tanzeinlage der Damen des Balletts, Frl. Naue, Frl. Reimers und Frl. Fischer. Der reiche Beifall des Hauses zeigte der Verwaltung des Stadttheaters, welch glücklichen Griff sie mit diesem reizenden Volksstück aus guter, alter Zeit, getan hat. Will Eilers.

Goethebund. Am kommenden Freitag findet im Stadttheater für den Goethebund eine Aufführung von Gounods lebendiger, mitreißender, melodienseliger Oper „Margarethe" statt, die von Karl Dammer dirigiert wird und in der die Hauptpartien mit den Damen Reich (Margarethe), Pense, Held und den Herren Treffner (Faust), Kasper (Mephisto), Boehm Percy besetzt sind. Das Bachanal unter Lore Jentsch wird von Greti Naue und dem gesamten Ballett getanzt. Theodor Schlonsky hat der Oper einen neuen, romantischen Rahmen gegeben. Es wird auch auf die vom Hanseatischen Männerchor verstärkten Soldatenchöre hingewiesen. Die szenische Leitung hat Jan Heythekker.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil: W. Kastens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.
Druck: Weser-Druckerei Bremen.

Das Lebenswerk Ludwig Franzius

Franzius stand in der Vollkraft seines Mannesalters, im 44. Lebensjahre, als er zum 1. April 1875 als Oberbaudirektor in bremischen Dienst trat. Mag auch seine Tätigkeit, die er davor in hannoverschem und preußischem Staatsdienst ausübte, noch so hervorragend und bedeutungsvoll, und mag auch seine Lehrtätigkeit als Professor des Wasserbaues an der Bauakademie in Berlin noch so wissenschaftlich hochstehend und tiefgründig gewesen sein, das eigentliche Lebenswerk begann für ihn erst in Bremen und sein Schaffen zum Wohle unserer freien Hansestadt hat seinen Namen unvergeßlich gemacht. Es ist die Korrektion der Unterweser und der Ausbau des Freihafens I, durch die er neues Leben in Bremen erweckte, Bremen wieder zum Seehafen machte und vor der Verkümmerung bewahrte. Sein Werk wirkte fort über seinen Tod, und die von ihm gewiesenen Wege sind fortschreitend immer weiter ausgebaut, sodaß Bremen mit einer leistungsfähigen Seewasserstraße und seinen großen und vorzüglich ausgerüsteten Seehäfen im schweren Wettkampf im Weltverkehr und Ueberseehandel heute so stark und festgegründet dasteht wie nie zuvor.

Der Wagemut, den die Bremer unter Führung von Franzius bewiesen haben, als sie das Werk der Unterweserkorrektion allein auf ihre Schultern nahmen und die großen Hafenanlagen bauten, dieser Wagemut lebt auch heute noch fort. Das beredteste Beispiel sind dafür die Riesendampfer „Bremen" und „Europa", die mit selbstverständlicher Sicherheit ihren Weg von Bremerhaven über die Weser nehmen, um als schnellste Schiffe den Ozean zu durcheilen. Von dem Unternehmungsgeist Bremens und von dem großen Können seiner Ingenieure zeugt der Riesenbau der Nordschleuse in Bremerhaven. Dazu ist Bremen jetzt im Reiche ein kräftiger Bundesgenosse und Mitkämpfer entstanden, der die Unterweser und die Außenweser zu einer Leistungsfähigkeit gebracht hat, die Franzius wohl nicht im Traume zu erhoffen gewagt hätte. Mit diesen Kräften und in diesem Geiste muß und wird es auch gelingen, die schwere Krisis der heutigen Zeit zu überwinden, wenn wir Bremer, wenn wir Deutsche nur den Glauben an unsere Zukunft uns bewahren und auch in schwersten Tagen nie verzagen, nach dem Vorbilde unseres Ludwig Franzius.

Deutscher Abend in Blumenthal

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Ortsgruppe Blumenthal veranstaltete am Mittwochabend im Hotel Union ihren ersten Deutschen Abend. Ein Militärkonzert, Ansprachen und lebende Bilder waren für die Ausgestaltung des Abends angesetzt und auf das sorgfältigste vorbereitet. Ein überaus schöner Erfolg war der noch jungen, aber rührigen Ortsgruppe Blumenthal der NSDAP beschert. Die großen Festsäle des Hotels Union, die hübsch mit Wimpeln und Fahnen im Sinne des Abends ausgeschmückt waren, waren voll besetzt. Die 21 Mann starke SA-Kapelle der Standarte 9 des Gausturmes Osthannover unter Musikleiter H. Mülling leitete den Abend mit dem Junge Kameraden- und Helenenmarsch ein. Die schneidige Militärmusik brachte bald eine ausgezeichnete gehobene Stimmung. Herr Müller, Führer der Ortsgruppe Blumenthal, sprach den zahlreich erschienenen Gästen ein herzliches Willkommen und drückte seine große Freude über die unerwartete Unterstützung des 1. Deutschen Abends aus. In kurzen Worten streifte er die Gründung und Entwicklung der hiesigen Ortsgruppe sowie die Bestrebungen und Ziele der Partei. Er beendete seine Ausführungen den Glauben an unsere Zukunft uns bewahren und auch in schwersten Tagen nie verzagen, nach dem Vorbilde unseres Ludwig Franzius. mit der Bitte um richtige Unterstützung im beginnenden Wahlkampf. Bei Marschmusik und Heil-Rufen marschierte dann die SA. mit der Fahne in den Saal ein. Der Blumen-Walzer, die Waldvöglein mit Solo für zwei Trompeten und der Alexander-Marsch der SA-Kapelle ernteten so reichen Beifall, daß die Kapelle zu Zugaben gezwungen war. Nach der Pause wurde der zweite Teil des Abends mit einem lebenden Bild: „Das erste, zweite und dritte Reich" eingeleitet. Eine fast halbstündige Ansprache folgte anschließend vom Lehrer Behlen, Weserdeich. In packenden Worten sprach er von der Erdverbundenheit des nordischen Geschlechts, seiner bevorstehenden Wiedervereinigung mit der Scholle und dem Heimatboden und der Befreiung aus den Händen seiner Ausbeuter. Mit einem Wahlaufruf für den Führer der NSDAP., Adolf Hitler, endete er seine Ausführungen. Ebenso eindringlich sprach Herr Roedeker in einem Aufruf für den Eintritt in die SA. Deutscher Tanz, zu dem zwei Kapellen aufspielten, und echte deutsche Gemütlichkeit beendeten diesen ersten Deutschen Abend der NSDAP. Blumenthal, die stolz auf diese so überaus schön gelungene erste Veranstaltung zurückblicken kann.

Erklärung.

In einem Arbeitsgerichtsbericht über eine Verhandlung gegen den Konkursverwalter der Kieshandel G. m. b. H. erwähnten wir auch einen Herrn Kallsen. Hierzu wird uns nun folgende Erklärung zugestellt

Hierdurch erkläre ich, daß ich eine Aeußerung wie Herr Kallsen habe häufiger falsche Buchungen gemacht, nicht getan habe; es muß sich hier um ein Mißverständnis handeln. Ich habe lediglich erklärt, Herr Kallsen habe des öfteren Zahlungen nicht gebucht und meinte damit, daß Herr Kallsen diese Summen nicht sofort eingetragen habe. Ferner erkläre ich, daß es mir fern gelegen hat, Herrn Kallsen irgendeinen Vorwurf unrichtiger Buchungen zu machen, da mir hierüber nichts bekannt ist.

H. Kittner.

Volkspartei platzt weiter

Dortmund, 1. März. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei von Westfalen-Süd hat den zurzeit in Berlin an einer Staatsratssitzung teilnehmenden Vorsitzenden Hembeck aufgefordert, den Austritt **der südwestfälischen Organisation aus der DVP. zu erklären.** Der Vorsitzende Hembeck ist dieser Aufforderung nachgekommen. Damit ist der Austritt vollzogen.

Ueberfall auf den Bahnhof Sondelfingen.

Stuttgart, 1. März. Die Reichsbahndirektion teilt mit: Auf dem Bahnhof Sondelfingen bei Reutlingen wurde am Dienstag kurz nach Mitternacht der diensttuende Beamte, Reichsbahnassistent Veiz im Fahrdienstzimmer überfallen und getötet. Der Beamte wurde kurz nach Durchfahrt des letzten Zuges um 0.15 Uhr von einem auf Hilferufe herbeigeeilten Weichenwärter neben seinem Schreibtisch liegend, schwer verletzt aufgefunden. Er hatte mehrere Messerstiche in der Brust. Ein auf ihn abgegebener Pistolenschuß war vom Schlüsselbein bis in die Nierengegend durchgedrungen. Der Beamte muß überfallen worden sein, während er mit der Geldabrechnung beschäftigt war. Der Täter, der es auf den Kassenraub abgesehen hatte, ließ das Geld, das zur Ablieferung bereit lag, ruhig liegen und flüchtete unerkannt.

Der Licht- und Bierstreik.

Berlin, 1. März. Ein Ausschuß des Reichskartells des selbständigen Mittelstandes sprach am Montagnachmittag wegen der Senkung der Strompreise, sowie der übrigen Werkgebühren der öffentlichen Tarife und Abgaben beim Preisüberwachungskommissar vor. Der Ausschuß wies darauf hin, daß der Preiskommissar gegenüber Handel, Handwerk unn Gewerbe rücksichtslos verordnet, gegenüber der gebundenen und öffentlichen Wirtschaft aber gezögert habe. Dr. Goerdeler habe erwidert, daß von 1014 Elektrizitätswerken bereits 842 die Preise gesenkt hätten. Zu denen, die die Preise noch nicht gesenkt hätten, gehörten allerdings die größten Werke. Die öffentlichen Tarife weiter zu senken, habe er sich als besonderes Gebiet vorbehalten. Es sei selbstverständlich, daß ein Eingriff in die Preise nur dann Zweck habe, wenn er auf der ganzen Linie, also auch bei der öffentlichen Hand, erfolge. Die Mittelstandsvertreter erklärten, daß die Beschleunigung und die Maßnahmen zur Senkung bestimmend seien für die Lichtstreikbewegung.

Die Lage im Bierstreik ist unverändert. Der Deutsche Gastwirte-Verband, der eine baldige Beilegung des Streikes erstrebt, verhandelt weiter mit der Regierung.

Stadttheater

Heute
Mittwoch, 20 Uhr, 132. Ab.-V.
Die Kaiserin
Donnerstag, 18.30 Uhr, 133. Abonn.-Vorst. 3. Vorstellung im Wagner-Zyklus
Der Ring des Nibelungen
Zweiter Tag:
Siegfried
Freitag, 19.30 Uhr: **Geschl. Vorstellung f. d. Goethe-Bund.**
Sonnabend, 20 Uhr, 24. Vorstellung außer Abonnement:
Erste Fest-Vorstellung für den Verein Bremer Presse
Erstaufführung in der Neueinrichtung von Professor Reinhardt
Die schöne Helena
Sonntag, 15 Uhr:
56. Nachmittags-Vorstellung:
Einmalige volkstümliche Vorstellung zu ganz kleinen Preisen
Robert und Bertram
20 Uhr, 25. Vorst. außer Abonn.:
Zweite Festvorstellung für den Verein Bremer Presse
Die schöne Helena

In den Centralhallen
Düsternstraße
Volkstümliche Vorstellungen des Stadttheaters
Donnerstag, den 3. März 1932
20.15 Uhr:
Zu neuer Einstudierung
Nach dem großen Erfolge
Mein Leopold
Volksstück in 3 Akten von A. D'Arronge.
Musik von R. Vital – E. Jonas mit Gesangs- und Tanzeinlagen.
Kleine Preise:
50 Pfg., 1.–, 1.50, 2.– M

Inseriert in der BNZ

Achtung! Gastwirte!
Morgen, Donnerstag, 3. März, 16 Uhr
Centralhallen (kleiner Saal)
Versammlung - Thema:
Bierstreik?
Referenten: Röder, Bremen, je ein Kollege aus Hamburg und Berlin.
Die oppositionellen Gastwirte, i. A. Röder.

Christ
bedenke, daß du ein Christ bist!
Darum
kaufe nur im christlichen Geschäft!

Bremer Lehrer!
Öffentliche Lehrer-Versammlung
Donnerstag, 3. März 17 Uhr
Casino (Kleiner Saal)
Redner: Pg. Dr. Haupt, Hannover
Thema: **Nationalsozialistische Schulreform**
Eintritt 30 Pfg
Nationalsoz. Lehrerbund Ortsgr. Bremen

Gute Früchte kaufen Sie am besten im ersten Bremer Früchte-Spezialgeschäft
Siebert Burhenne
D. 27415 frei Haus
Ostertorstwg. 5 (Nähe Sielwall)

• Heeresgut •
Militär-Tornister, Brotbeutel, Mäntel, Feldflasch., Kochgeschirre usw., Spez.: Sammellieferung.
TROST - BREMEN
PRANGENSTRASSE 45

Verschiedenes
Farben
Lacke
Pinsel
sämtl. **Wasch- und Putzmittel** nur beim
Fachmann
Farbenhandlung
Franz Korthoff
Bachstraße 139

Elektr. Licht Kraftanlagen
H. Emde
Goethestraße 27
Ruf Hansa 41570

Gartenarbeiten Baumschnitt
vom Fachmann
Ang. u. W 307 b. V.

Unterricht
Energische Nachhilfe, private Vorbereitung auf Schulprüfungen-Abitur, Einjährig usw. durch jungen Akademiker.
Ang. u. M 297 b. V.

Betten
gut u. preiswert
Kirchhoff
Ostertorstw. 72

Stellengesuche
SA.-Mann
20 Jahre alt, sucht Stellung gleich welcher Art.
Ang. u. R 302 b. V.

Heute
20.30 Uhr
Massen-Versammlungen
Huckelriede Redner: Dr. v. Heymann
Thema: **Nicht Reaktion — Nicht Rote Front — Nur Hitler**
Restaurant Reichardt, Burg Redner: Pg. Schulz, Hoya
Thema: **Schluß mit der Korruption, Schluß mit dem Untergang**
Eintritt 30 Pfg. - Erwerbslose und Kriegsbeschädigte 10 Pfg.